Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 3	14. März 1921	Jahrg. III

a) Mitteilungen des Vorstandes.

1. Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Die Entscheidungsstunde für Oberschlesien naht. Mit einer heiligen Zuversicht erwarten sämtliche Deutsche Oberschlesiens einschließlich der deutschen Juden, daß ein jeder außerhalb Oberschlesiens lebende Oberschlesier unbedingt an der Abstimmung teilnimmt und durch seine persönliche Stimmabgabe mithilft, Oberschlesien, dieses Herzstück Deutschlands, dem Vaterland zu erhalten. — Wir ersuchen daher, in allen Versammlungen unserer Ortsgruppen, unsere Mitglieder darauf hinzuweisen, daß sie, sofern sie in Oberschlesien gebürtig sind, ohne jedes Wenn und Aber sich zur Abstimmung zu begeben haben und daß sie weiter im Kreise ihrer Freunde und Bekannten für eine geschlossene Teilnahme an der Abstimmung wirken müssen.

Wir erwarten von unseren Freunden, daß sie diese Angelegenheit mit dem Ernste und der Entschlossenheit betreiben werden, die sie im vaterländischen Interesse verdient.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
Justizrat Dr. J. Brodnitz, I. Vorsitzender.

2. Palästinafonds (Keren hajessod).

Der Hauptvorstand hat in seiner Sitzung vom 23. Februar 1921 beschlossen:

Der Beschluß des Hauptvorstandes vom 24. Oktober 1920 wird aufrechterhalten. Er lautet: „Es liegt für den Centralverein kein Anlaß vor, Geldsammlungen für den Palästinafonds zu fördern. Es wird aber auch wegen des humanitären Zweckes der Sammlung davon Abstand genommen, den Sammlern irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten. Es erscheint nicht zweckmäßig, in die Palästinakomitees einzutreten."

Ob sich durch etwaige spätere Ereignisse eine Aenderung in der Stellungnahme des Vorstandes ergeben wird, soll in der im April des Jahres stattfindenden Hauptvorstandssitzung zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden.

b) Mitteilungen des Syndikus.

1. Zuweisung von rituellen Lebensmitteln zum Passahfeste.

Gegenüber antisemitischen Angriffen, welche in dieser Zuweisung eine Bevorzugung der Juden und eine Benachteiligung der übrigen Bevölkerung erblicken, sei auf folgendes ein für allemal hingewiesen.

Es handelt sich um die Rationen von Mehl, Zucker und Butter.

1. Mehl:

a) in der Quantität. Wir erhalten nur genau soviel Mehl wie die anderen Bürger, gewinnen aber daraus infolge des Wegfalls der Säuerung wesentlich weniger Brot als jene und müssen uns als Ausgleich andere Nahrungsmittel (Kartoffeln u. dergl.) dafür beschaffen. Wir haben also weniger Brot, müssen es teurer bezahlen und noch die Kosten für Brotersatz aufbringen, sind also der übrigen Bevölkerung gegenüber im Nachteil;

b) in der Qualität. Wir erhalten nicht reines Weizenmehl, wie von gegnerischer Seite behauptet wird, sondern zu 90% Weizen- und 10% Roggenmehl. Diese Zusammensetzung ist die äußerste Grenze für die Möglichkeit, die Mazzos nach Vorschrift herzustellen. Wenn aber die Antisemiten diese Qualitätsdifferenz aufbauschen, so ist zu bedenken, daß sie durchaus unwesentlich ist gegenüber dem enormen Verbrauch an Weizenbrödchen, welche man täglich in Feinbäckereien und Gastwirtschaften beliebig erhalten kann. Außerdem findet diese geringe Differenz einen gewissen Ausgleich in dem zweifellos festgestellten geringeren Verbrauch von Butter, (s. Absatz 3) welcher der anderen Bevölkerung zugute kommt.

2. Zucker. Die Ration ist genau dieselbe, wie gesetzlich für alle vorgeschrieben, nur müssen die Juden ihn teurer kaufen.

3. Butter. Es darf behauptet werden, daß Butter am Passahfest von Juden viel weniger gegessen wird als von den Christen, weil die Herstellung der rituellen Butter mit so großen Hindernissen und Kosten verbunden ist, daß der Mittelstand sie sich nicht leisten kann und an manchen Orten überhaupt fast keine Möglichkeit ist, sie zu erlangen. Meist wird gerade um diese Zeit rituelle Margarine statt Butter verwandt oder sonst ein Ersatzmittel.

Es steht also unumstößlich fest und kann jederzeit durch Tatsachen bewiesen werden, daß die Juden am Passahfeste infolge ihrer religiösen Vorschriften

1. weniger zu essen haben,
2. teurer leben,
3. die christliche Bevölkerung nicht schädigen.

Rabbiner Dr. Loevy.

* * *

In Nr. 5 der in Hamburg erscheinenden „Deutschvölkischen Blätter“ wird unter der alarmierenden Ueberschrift „Abermals Zucker zum jüdischen Osterfest“ eine Bekanntmachung der Reichszuckerstelle vom 10. 1. 21 als Beweis dafür herangezogen, daß die Bevorzugung der Juden immer noch kein Ende gefunden. Aus dieser Bekanntmachung druckt das Blatt selber mit gesperrten Lettern den Passus ab:

„Der angemeldete Bedarf darf nicht die Menge übersteigen, die dem Antragsteller nach den Bestimmungen des zuständigen Kommunalverbandes für zwei Wochen oder die nach den Bestimmungen des Kommunalverbandes für die Zuckerversorgung geltende annähernd gleiche Frist zusteht.“

Das Blatt schließt dann mit den Worten:

„Die Entrüstung, die im Vorjahre durch die Mazzoth- und Zuckerlieferungen an die Juden in der darbenden deutschen Arbeiter- und Bürgerbevölkerung hervorgerufen wurde, scheint wenig gefruchtet zu haben.“

Dazu haben wir zu bemerken: Ein besserer Beweis dafür, daß keine Bevorzugung der Juden stattgefunden, kann wohl durch nichts eher erbracht werden, als durch den Passus, den das Blatt selber gesperrt hervorhebt, da aus ihm klar hervorgeht, daß die Juden kein Gramm Zucker mehr bekommen dürfen, als jeder andere Bürger.

2. Die Gobineauvereinigung.

Die Entwicklung der deutschvölkischen Bewegung in Richtung einer immer stärker betonten Gewaltpolitik hat bei einem Teil der Deutschvölkischen den Wunsch nach einer Vereinigung wachgerufen, in der unter wissenschaftlichem Mäntelchen dieselben Tendenzen verfolgt werden. Dieser Wunsch führte auf der Jubiläumstagung des Alldeutschen Verbandes im vorigen Jahre zur Wiedererweckung der seit einiger Zeit entschlafenen Gobineau-Vereinigung. (Siehe Mitteilungen No. 26 u. 27) General v. Liebert und Prof. Schemann teilten sich in die Vaterfreuden. Die stille Garantie für die finanziellen Aufgaben des Patenkindes übernahmen der Alldeutsche Verband.

Merkwürdig ist freilich, daß die Alldeutschen die rassische und seelische Erneuerung des deutschen Volkes gerade auf der düsteren Weltanschauung des französischen Grafen aufbauen wollten, auf den hyperphantastischen Träumereien eines apokalyptischen Weltuntergangsverkünders, wie sein englischer Konkurrent, H. St. Chamberlain ihn s. Zt. in der 1912 erschienenen Schrift: „Wehr und Gegenwehr“ bezeichnet hat. Dieser Universaldilettant, wie ihn einer seiner neueren deutschen Kritiker, Fritz Friedrich (Studium über Gobineau) nennt, der in mythologischer Verzücktheit und Größenwahn seinen Stammbaum auf die „Götter-Adels-Geschlechter“ zurückführte, von denen ja auch der Antisemit Ph. Stauff viel Rühmliches zu erzählen weiß, war nämlich hinsichtlich der Zukunft der germanischen Rasse von dem schwärzesten Pessimismus erfüllt, der übrigens auch auf seinen Biographen Schemann abgefärbt hat. Wie es für Gobineau feststeht, daß das edle Blut der Menschheit verbraucht sei und daß es keinen Nachschub mehr gebe, die Menschheit näherte sich immer mehr einem degenerierten Einheits-Typus: „das allgemeine Niveau wird von empörendster Niedrigkeit sein“ — so schreibt auch Schemann am

Schlusse des großen Gobineau-Werkes: „Die alten Adelsgeschlechter in den meisten europäischen Ländern ausgestorben, abgestorben, d. h. geistig und moralisch degeneriert . . . Der Nachwuchs aus dem Bürgertum auf denselben Wegen bedroht." Und Herr General von Liebert, weit entfernt, diesem Pessimismus entgegenzutreten, unterstreicht ihn noch in einem Aufsatz der „Post" (3. 10): „Wir sehen mit Schrecken, daß die so bestimmten Voraussagungen Gobineaus uns viel mehr angehen als alle übrigen Völker. Wir tragen das Kainszeichen der Entartung an der Stirn, die Außenwelt zeigt mit dem Finger auf ein edles Volk, das derart verlumpen und herunterkommen konnte."

Man entrüstet sich im völkischen Blätterwalde so oft über deutsche Selbsterniedrigung und Selbstbeschmutzung, der angeblich nur ganz „undeutsche" Elemente fähig seien. Nun, diese Leuchte der Alldeutschen und Antisemiten hat die schlimmsten Schmähworte des Deutschtums aus diesen Kreisen noch übertrumpft.

Aber weiterhin drängt sich die Frage auf: In welcher Beziehung soll denn gerade Gobineau ein Vorbild für uns Deutsche sein? Dr. Albrecht Wirth, der bekannte, den Alldeutschen nahestehende Rassen-Theoretiker, hat sich über die Apostel des Deutschtums in seinem Werk „Rasse und Volk" mit Recht lustig gemacht:

„Gobineau verherrlichte den germanischen Norden und lebte am liebsten im Süden oder gar im Orient. Er pries die Schlachten der Normannen, und er selbst hat geschriftstellert und gebildhauert. Er sprach von der Köstlichkeit germanischer Sitte; er selbst hatte einen persischen Diener, hockte auf einem persischen Teppich und rauchte Nargileh. Er war stolz auf seinen edlen Stamm, aber er verkaufte sein Ahnenschloß. Laut Seillière soll er gar ein Gascogner gewesen sein."

Seine Rassentheorie hat kein Geringerer als Chamberlain (in der schon erwähnten Schrift) als „das Grab jeder praktischen Befassung mit der Rassenfrage" bezeichnet und hinzugefügt: „Bei dem Gobineau-Rummel reißt mir die Geduld". Aber vielleicht war Gobineau ein großer Verehrer der Germanen! Keineswegs oder doch nur insoweit, als die für alle fremdländischen Theorien so empfänglichen Deutschen — zu denen auch die Alldeutschen gehören — sich für seine krausen Rassentheorien begeisterten, während seine eigenen Landsleute für den, seinen Stammbaum auf Odin zurückführenden Gascogner nur ein spöttisches Lächeln übrig hatten. Es ist zumindest eine starke Uebertreibung, wenn von seinen deutschen Anhängern behauptet wird, daß er uns Deutsche auf Kosten seiner Landsleute verherrlicht habe. Nach Fritz Friedrich hatte er vielmehr „eine sehr ungünstige Meinung von den Deutschen, von denen er glaubte, daß sie überwiegend slavisch-keltischer Herkunft seien und selbst weniger germanisches Blut enthielten als die Franzosen."

Ja, Gobineau ist garnicht einmal ein so großer Verehrer der Reinblütigkeit; er schwärmte sogar — horribile dictu — für eine Vermischung mit der Negerrasse, da Negerblut den etwas spießbürgerlichen Weißen künstlerischen Schwung gebe; er betont immer wieder, daß ohne das sinnliche und phantasiereiche Negerblut nirgends künstlerische Begabung entstanden sei.

Aber er fühlte gewiß in hohem Grade völkisch und patriotisch und könnte in dieser Beziehung wenigstens als Vorbild dienen. Leider müssen wir uns diese Illusion grausam zerstören. Das Vaterland war für ihn, wie der bekannte Publizist Dr. August Lerch s. Zt. in der „Kölnischen Zeitung" (13. 8. 1916) nachgewiesen hat, eine Erfindung des semitischen Geistes, wogegen sich der edle Unabhängigkeitssinn der arischen Menschen aufbäume. Und gewisse Politiker in Frankreich, die den Parteigenossen des Herrn Claß, Liebert und Genossen aufs Haar gleichen, hat er recht hübsch abkonterfeit, als er schrieb: „Sie haben es fertig gebracht, auch den Patriotismus in ihre Hand zu bekommen. An die Stelle des allein wesenhaften, auf Heimatgefühl und Heimatliebe begründeten Patriotismus haben sie den geschwätzigen Patriotismus der Phrase und der Eitelkeit gesetzt."

Das ist also der programmatische Gehalt einer Weltanschauung, unter dessen Zeichen unsere völkischen Kreise „die rassische und seelische Erneuerung" Deutschlands betreiben wollen. C. B.

3. Pariser Diktat, deutschvölkische und nationale Einheitsfront.

Aus dem Leitartikel der „D e u t s c h e n Z e i t u n g" vom 13. 2. von O t t o v o n S c h i l l i n g lassen wir nachstehende Sätze ohne Kommentar folgen:

„Es ist bezeichnend, daß bei der Stellungnahme des deutschen Volkes zum Friedensvertrag alle diejenigen Parteien, die nur wenig oder gar nicht jüdischem Einfluß unterliegen, ihn mit schärfster Entschiedenheit als unwürdig und sinnlos ablehnen. Je jüdischer durchsetzt die Parteien sind, desto mehr sind sie für seine „loyale" Erfüllung. Diese Erscheinung ist sehr lehrreich für uns, denn sie zeigt, daß es sich bei solcher Auffassung um die Weltanschauungen zweier verschiedener Völker handelt. Wir wollen dabei die jüdische Anschauung keineswegs im allgemeinen verdammen. Sie hat im Gegenteil vom jüdischen Gesichtspunkt aus durchaus manches für sich. Unerträglich aber ist sie für uns Deutsche. Für uns handelt es sich nicht darum, daß wir aus einem Bankrott etwas herausretten und dann vielleicht sogar, wenn auch unter einer anderen Firma, späterhin wieder „Geschäfte machen" können. Wir wollen nur wieder frei werden, wieder arbeiten und schaffen können, wieder anständige Deutsche sein.

Es geht um unsere unsterbliche Seele, alles andere ist uns nebensächlich.

Juden wird ein solches Bekenntnis einfach lächerlich erscheinen. Sie denken international und können schon deswegen gar nicht begreifen, wie uns zumute ist. Außerdem sind des gleichen Grundes wegen ihrer Pläne, oder richtiger gesagt, die Pläne ihrer zielbewußten Führer viel weitergehend als unsere. Was sie erstreben, ist nicht an staatliche Grenzen gebunden. Ob Deutschland dabei untergeht oder fortbesteht, ist ihnen gleichgültig. S i e e r s t r e b e n e i n W e l t j u d e n r e i c h.

Der Anfang damit ist bereits im Räte-Rußland erfolgt, wo sich die blutige Gewaltherrschaft der Juden trotz der Verzweiflung der hungernden, frierenden und verkommenden Bevölkerung, dank der internationalen Unterstützung des Alljudentums, bereits mehr als drei Jahre hält. Gelingt es, diese vorgeblich kommunistische Despotie auch auf andere benachbarten Staaten auszudehnen, dann sind die Juden ihrem Endziel ein großes Stück näher. Das Hinarbeiten auf dieses Ziel muß aber ein doppeltes sein. Der Kommunismus ist, wie gesagt, nur eine Maske, und kein vernünftiger Jude glaubt an seine Verwirklichung. Die zukünftige Weltjudenherrschaft wird ebensowenig kommunistisch sein, wie die jetzige Moskauer Räteregierung

ist. Der Kommunismus wird von den jüdischen Führern nur zum Sturz der gegenwärtigen Regierungen benutzt, ist als Hilfsmittel natürlich von großer Wichtigkeit und richtet sich gegen alle nichtjüdischen Regierungen der Welt. Die Hauptarbeit der Juden außerhalb Rußlands liegt aber einstweilen auf anderem Gebiet, auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und finanziellen Eroberung der Welt. Ein Krieg würde diesen Bestrebungen nur schädlich sein. Darum das zwiespältige Verhalten der Juden in Deutschland."

4. Die Grundzüge der Rechtspolitik.

In den „Eisernen Blättern" Nr. 32 erschien ein Artikel „Lebensanschauung oder Charakter, ein Wort zu den Grundprinzipien rechtsgerichteter Parteipolitik" von Dr. Korselt. Der Verfasser weist auf das offenbare Vorhandensein einer sozialistischen Strömung in der deutschnationalen Partei hin, der eine individualistisch-aristokratische gegenüberstünde. Diese Gegensätze durch ein faules Kompromiß zu überbrücken, heiße der Partei genau so schlecht dienen, wie durch eine Beseitigung der einen Richtung durch Anerkennung der anderen. Die Politik müsse dahin gehen, daß aufeinander Rücksicht genommen wird und die Parteiaufgaben verteilt werden. Der sozialistische Flügel müsse seine Arbeit auf die Verständigung aller Volkskreise hinsichtlich ihres gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins richten, der individual-aristokratische dagegen sich das Heranziehen großer Persönlichkeiten, die Pflege der Führertraditionen angelegen sein lassen. Bei all dem bleibe etwas Gemeinsam-Einendes. Hierüber heißt es in dem Artikel:

„Aber dieses oberste Gemeinsame ist eben nichts Bekenntnismäßiges, Philosophisches. Erst recht ist es aber auch nichts bloß Gefühlsmäßiges, Stimmungsmäßiges; so sehr z. B. eine starke Liebe zu Volk und Heimatboden, Anhänglichkeit an eine Herrscherdynastie und instinktiver Widerwille gegen der Rassengesundheit im allgemeinen unzuträgliche eheliche Verbindungen mit Fremdrassigen, seien es Juden oder Farbige, und gegen den Dienst unter ihrer politischen Herrschaft, jedem wahrhaft rechtsgerichteten Politiker eigen sein müssen, so wenig sind bloß gefühlsmäßiger Hurrapatriotismus oder eine unbestimmte, durch keinerlei konkrete Vorstellungen getrübte Schwärmerei für Wiederaufrichtung eines Hohenzollernschen Kaisertums oder gar Neid auf jüdisches Geld, kleingeistige Angst vor Uebertölpelung beim geistigen und wirtschaftlichen Verkehr mit erfahrungsgemäß gewandten und klugen Juden und sensationslüsternes Wühlen in angeblichen Unmoralitäten fremder Rassen als solcher eine geeignete Grundlage für eine klare, große Politik. Ebensowenig ist als oberste gemeinsame Grundlage rechtsgerichteter Politik der religiöse Glaube anzusehen: gewiß wird jeder rechtsgerichtete Politiker der Ueberzeugung sein müssen, daß das Christentum als freudiger Glaube an eine den Menschen wohlbewahrende Gotteskindschaft in der Ausprägung, die dieser Glaube einerseits durch Luther und die deutschen Reformatoren, andererseits seit Heliand von zahlreichen echt deutschen Katholiken erfahren hat, der für den deutschen Menschen gemäßeste, ja für sein seelisches Gleichgewicht und damit auch für seine Aktionsfähigkeit notwendige religiöse Glaube ist; aber wie kein politisches Parteiprogramm, so kann und darf auch das der Deutschnationalen Volkspartei keine religiösen Glaubensartikel enthalten.

Das aller rechtsgerichteten Politik letzten Endes Gemeinsame ist vielmehr etwas Charaktermäßiges: Es ist der unbedingte Wille zum energischen Zupacken und Auftreten in allen Dingen der Staatsleitung, es ist der Wille, in allem öffentlichen, in allem staatlichen Geschehen in höchstmöglichstem Maße für aktivistische Tendenzen Raum zu schaffen; es ist der Wille, die Gestaltung des staatlichen Geschehens nicht passiv vom Schicksal treiben zu lassen, sondenr sie in größtmöglichstem Maße aktiv durch Menschen selbst bestimmen zu lassen — seien es im Sinne der individual-aristokratischen Lebensanschauung die großen Individuen, seien es im Sinne der sozialistischen Lebensanschauung die Körperschaften und Ueberorganismen, insbesondere das Staatswesen selbst."

5. Der Fall Oppersdorf in Oberschlesien.

Der „Vorwärts" vom 27. 1. 21 bringt unter der Ueberschrift „Polnische Erfindung oder...?" eine Notiz, der zufolge in einer Versammlung über Abstimmungsangelegenheiten im Neustädter Kreise, die vom Grafen von Oppersdorf geleitet wurde, die Meinung zum Ausdruck kam, daß der ganze Industriebezirk für Deutschland verloren sei. In der Versammlung habe Graf von Oppersdorf, der Generaldirektor der Thiele-Winklerschen Güter Moschen, Regierungsrat Dr. Schapper und eine hochgestellte Persönlichkeit der Eisenbahndirektion Kattowitz das Wort ergriffen.

Wie das Berliner Tageblatt Nr. 44 vom 27. 1. zu dieser Angelegnheit, die auch durch die übrige Presse ging, mitteilt, ist diese Stellungnahme des Grafen von Oppersdorf aus der Tatsache zu erklären, daß er ausgedehnte Besitzungen in Polen hat und durch seine Heirat dem polnischen Adel nahe steht. Regierungsrat Dr. Schapper hat sich in einem Brief an den deutschen Plebiszitkommissar von Neustadt, Rechtsanwalt Marx, dagegen verwahrt, daß seine Rede in dem gleichen Sinne gedeutet werde. Marx, dem es mit noch einigen Deutschgesinnten gelungen war, Einlaß in die Versammlung zu erhalten, wendete sich scharf gegen die Gedankengänge von Oppersdorfs. Kurz darauf wurde in einer sehr stark besuchten Versammlung in Oberglogau die Ungeeignetheit des Grafen Oppersdorf zur Vertretung der deutschen Interessen festgestellt.

Graf Oppersdorf ist übrigens vor einigen Jahren aus der Zentrumspartei ausgetreten und gehörte zu den führenden Männern der Vaterlandspartei.

Wenn ein Jude solchen Verrat begangen hätte.....

6. Groß-Deutsche Freiheitspartei.

In der „Täglichen Rundschau" vom 11. Februar findet sich die Mitteilung, daß zwischen der Groß-Deutschen Freiheitspartei und der Deutschen Volkspartei in letzter Zeit Verhandlungen stattgefunden haben mit dem Ergebnis, daß die Groß-Deutsche Freiheitspartei ihre Organisationen auflöst und ihren Mitgliedern den Anschluß an die Deutsche Volkspartei empfiehlt. Das Schreiben, in dem

der Vorstand der Groß-Deutschen Freiheitspartei durch seinen Vorsitzenden, dem bekannten Antisemiten Geheimrat Große den Mitgliedern von dieser Tatsache Kenntnis gibt, enthält u. a. folgendes:

„Nachdem es uns trotz aufreibender Arbeit, trotz Opfer aller Art und trotz vieler bedeutsamer Einzelerfolge nicht gelungen ist, uns aus eigener Kraft gegenüber den bestehenden Parteien als politischen Machtfaktor durchzusetzen, sieht sich der Vorstand veranlaßt, um eine im Interesse der Volkswohlfahrt nachteilige Zersplitterung zu vermeiden, an alle unsere Mitglieder und Freunde die Aufforderung zu richten, ihre politische Betätigung nunmehr im Rahmen einer großen Partei zu suchen, die uns ihrem Programm nach in ihrer politischen Richtung am nächsten steht. Nach Ansicht des Vorstandes kommt bei den gegebenen Verhältnissen die Deutsche Volkspartei in erster Linie in Betracht.

Der Vorstand ist mit der zentralen Leitung in Fühlung getreten. Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß wir im Rahmen der Richtlinien der Deutschen Volkspartei für die von uns bisher vertretenen Ideen nach wie vor eintreten können."

Diese Erklärung, daß die Deutsche Volkspartei der Groß-Deutschen Freiheitspartei am nächsten steht, ist insofern bedeutsam, als das Programm der Groß-Deutschen Freiheitspartei antisemitisch ist und ihr letzter Aufruf vor allem den Kampf „gegen die Judenherrschaft"propagiert.

Das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die nationalliberale Korrespondenz heißt in ihrer Nr. 34 vom 10. Januar 21 „die bisherigen Anhänger der Groß-Deutschen Freiheitspartei" in ihren Reihen aufrichtig willkommen."

7. Die Stellung des Deutschen Monistenbundes zum Antisemitismus.

Vor kurzem fand in Weimar die Tagung des deutschen Monistenbundes statt, in deren Mittelpunkt die Erörterung der Richtlinien der Bundesarbeit stand. Zur Annahme gelangten die von Rieß ausgearbeiteten Hamburger Thesen, denen wir den Punkt 6 als interessant für unsere Arbeit entnehmen:

„Wir betrachteten den Antisemitismus, der unser öffentliches und privates Leben immer mehr und mehr zu beherrschen droht, als einen Rückfall in traurigste Kulturbarbarei. Er schändet den deutschen Namen in der Welt und wird uns auch ungeheure wirtschaftliche Schäden bringen. Das Schreckgespenst des Semitismus ist von der gesamten Reaktion errichtet worden, um die eigenen Fehler zu verdecken und um unter seiner Drohung auch die letzten bescheidenen Freiheiten zu vernichten, die die Revolution dem deutschen Volke brachte. Wir fordern die Beseitigung aller Rassefragen aus unserm öffentlichen Leben. Uns gilt nur der Mensch und sein Werk."

Landgerichtsrat Emil Dosenheimer, Frankenthal, der in Nr. 11/12 der Monistischen Monatshefte vom 1. November einen entsprechenden Bericht veröffentlicht, bemerkt zu diesem Punkt 6 folgendes:

„Es war geradezu eine Pflicht unseres Bundes, zum Antisemitismus Stellung zu nehmen. Ein Antisemit, d. h. ein Mensch, der von vornherein den Juden und das Judentum mit Vorurteil betrachtet, paßt nicht in unsere Reihen. Für den Monisten gibt es kein Vorurteil, sondern nur ein auf wissenschaftliches Denken sich gründendes Urteil".

In den einzelnen Ortsgruppen des Bundes hat die Annahme von Punkt 6 weitere Kreise gezogen und zu Unstimmigkeiten geführt. In München kam es zu Austritten und zur Androhung von Massenaustritten für den Fall, daß die Hamburger Thesen in Geltung blieben. In Hannover wiederum, wo eine bedeutende Ortsgruppe des Bundes existiert, hat sich eine antisemitische Strömung bisher nicht gezeigt.

8. Rom und Juda — die Schuldigen an Deutschlands Untergang.

Im „Bayerischen Kurier" vom 3. Februar findet sich folgende Notiz:

„In einem soeben erschienenen Buche des Direktors der deutschen evangelischen Verlagsgesellschaft in Godesberg a. Rh., P. Heinrich Stuhrmann, mit dem Titel „Das große Rätsel", angeblich ein „Buch der Zeit für denkende (?) Menschen"! wird die deutsche Niederlage im Weltkrieg hauptsächlich den drei Internationalen, nämlich der Sozialdemokratie, dem Judaismus und besonders dem Romanismus, also „der roten, der goldenen und der schwarzen Internationale", zugeschrieben. Die römische Frage, so meint der Verfasser, „verkörpert das eigentliche schwarze Rätsel".

Wie diese Stuhrmannschen Ausführungen weithin ernst genommen werden, zeigt unter anderem auch die Januar-Nummer 446 des „Hammer", Zeitschrift für nationales Leben, S. 30. Dort wird gesagt: „An der Zerbröckelung der deutschen Kraft hat auch die schwarze Internationale — vielleicht sogar im heimlichen Einverständnis mit Juda (!) — gearbeitet. Ein gut unterrichteter Mann wußte uns zu erzählen, daß einige Jahre vor dem Kriege eine Abordnung der Alliance israélite aus Paris beim Hl. Stuhl in Rom gewesen sei und dort ein gemeinsames Spiel unter gegenseitiger Schonung verabredet wurde."

Daran knüpft der „Bayerische Kurier" weitere Bemerkungen:

„Das sind die gleichen Gedankengänge, wie sie von Hoensbroech im Maiheft des „Freien Wortes" 1920 produziert wurden. Einen ebenso unerhörten wie wahrheitswidrigen Angriff leistet sich der Redakteur Dr. Erich Kühn im Heft 1 der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung" Wir lesen dort in einer politischen Uebersicht folgendes:

„Vergessen wir aber nicht, daß — wenigstens in Privatgesprächen — zugestandenermaßen Rom und offen zugestanden die Sozialdemokratie die schärfsten Gegner und die Stürzer des protestantischen Kaisertums der Hohenzollern waren und sicherlich noch heute sind, wie sie auch die Abtrennung Oberschlesiens und die ganze Zertrümmerung Preußens betreiben.

Daß Rom der Stürzer des protestantischen Kaisertums sei, ist eine ungewöhnlich dreiste Verleumdung. Wir haben übrigens in Deutschland ein deutsches und kein protestantisches Kaisertum gehabt, bemerkt hierzu mit Recht die „Germ.". Dazu kommt, daß, wenn es nach „Rom" gegangen wäre, das deutsche — protestantische — Kaisertum noch bestehen würde!

Rom ist doch die einzige neutrale Macht, die während des Krieges, wie keine zweite Macht der Welt, für einen Frieden der Verständigung eingetreten ist. Wäre es nach „Rom" gegangen, dann wären wir im Jahre 1917 zu Friedensverhandlungen gekommen."

9. Der „jüdische" Bolschewismus.

„The Jewish Guardian" vom 7. Januar 1921 Nr. 67, Seite 10, enthält unter der Ueberschrift „Bolschewismus und die Juden" einen Bericht über die Eindrücke Mr. G. H. Wells, die dieser anläßlich seiner Reise durch Rußland gemacht hatte und die er in einer Reihe von Artikeln über den Bolschewismus in den New-Yorker „Times" wiedergibt. Im 3. dieser Artikel, betitelt die „Quintessenz des Bolschewismus", berichtet Mr. Wells unter anderem, daß die führenden Geister der boschewistischen Bewegung junge Leute sind, von denen zwar auch einige Juden seien, aber ausschließlich solche, die sich nicht als Juden fühlen. Ihr Ziel ist nicht die Judenheit, sondern eine neue Welt. Ja die Bolschewisten sind so weit davon entfernt, sich mit jüdischer Ueberlieferung eins zu fühlen, daß sie die zionistischen Führer in Rußland ins Gefängnis geworfen und verboten haben, die hebräische Sprache, da sie eine reaktionäre sei, zu lehren.

10. Jüdische „Vaterlandslosigkeit" im Ausland.

Neuseeland, das jüdischen Pionieren viel zu verdanken hat und sie auch zu schätzen weiß, hat mehrere zu Ministern, Mitgliedern des gesetzgebenden Rats und Bürgermeistern erhoben. Andererseits haben eine Anzahl Deutscher jüdischen Glaubens, die vor dem Kriege in Neuseeland ansässig waren, um ihres Bekenntnisses zum Deutschtum willen schwer leiden müssen. Der jüdische Kaufmann Kronfeld, der jahrelang dort interniert gewesen, hat sein Geschäft schließen müssen.

Unser Mitglied Gurau, der einzige deutsche Jude auf Deutsch-Samoa. hat sich bei Kriegsbeginn sofort dem Gouverneur zur Verfügung gestellt. Er wurde jedoch nicht, wie erbeten, nach der Heimat gesandt, sondern als Mitglied der Polizeitruppe verwandt und hat dort bis zur Besetzung der Insel seine Schuldigkeit getan.

11. Deutscher Ostmarkenverein.

Ein Freund unserer Bestrebungen wollte dem Deutschen Ostmarken-Verein beitreten. Um unangenehme Erfahrungen zu vermeiden, fragte er vorher bei der Leitung an, wie sich der Verband zum Antisemitismus stelle. Er erhielt darauf folgende Antwort:

„Zum Antisemitismus nimmt unser Verein keinerlei Stellung, da er parteipolitische, konfessionelle, soziale oder sonstige Unterscheidungen nicht macht. Wer sich vorbehaltlos zum Deutschtum bekennt, ist dem Verein als Mitkämpfer gegen polnische Anmaßung und polnische Uebergriffe willkommen. Trotzdem ist die Tatsache festzustellen, daß der Verein fast gar keine Juden in seinen Reihen zählt, da die Juden wohl meist aus geschäftlichen Rücksichten sich scheuen, offen Farbe zu bekennen und sich auf die Seite der Deutschen zu stellen."

12. Landbund.

Im Landbund, der bekannten Ergänzungsorganisation des „Bundes der Landwirte", tritt die antisemitische Propaganda immer unverhüllter hervor. Wir bitten, jede nach dieser Richtung hin sich geltend machende Bestrebung schleunigst zu unserer Kenntnis gelangen zu lassen.

13. Verband nationalgesinnter Soldaten.

Dem Organ des Verbandes nationalgesinnter Soldaten E. V. „Volk und Heer" Nr. 9, vom 1. 2. 21 entnehmen wir, daß die Verbandsleitung beabsichtigt, vom 5. bis 12. März im ganzen deutschen Reich (die besetzten und Abstimmungsgebiete ausgenommen) eine Werbewoche für den Verband zu veranstalten.

Wir bitten die Mitglieder darauf hinzuweisen, daß der Verband stark antisemitische Tendenz hat. (Näheres siehe Mitteilungen Nr. 6, vom 12. 5. 1920.)

14. „Die deutsche Wehrschaft".

In der „Post" vom 17. Dezember 1920 erschien ein Artikel: „Die deutsche Wehrschaft, ihre Organisationen und ihre Aufgaben." Es heißt darin:

„Die Deutsche Wehrschaft" im Teutoburger — V. T. ist ein akademischer Verband, der diejenigen studentischen wehrhaften, farbentragenden Korporationen zusammenzuschließen sucht, die in völkischem Boden wurzelnd, bewußt erlebtes Deutschtum zur Richtlinie ihrer persönlichen, völkischen, nationalen Erziehung und Weltanschauung machen."

Weiter heißt es:

„Bei aller Betonung der völkischen Zucht und deutschvölkischer Weltanschauung verschmäht es die deutsche Wehrschaft durch unritterliche Art Fremdstämmige in ihrer Existenz an sich zu bedrohen."

In Konsequenz dieses Programmes, das die unritterlichste Art des Kampfes darstellt, hat der als „Deutsche Wehrschaft" 1919 begründete Verband, als erster in Deutschland, offiziell Satisfaktion nur gegenüber Ariern propagiert. Der Deutschen Wehrschaft gehören eine Anzahl Verbindungen an, so in Leipzig, Hamburg und Berlin. Die „Deutsche Wehrschaft" hat aber Schule gemacht, und die alten schlagenden Verbände haben heute bereits den Antisemitismus dieses rein deutschvölkischen Verbandes übertrumpft.

15. Kreisblätter.

Ein amtliches Kreisblatt brachte vor einiger Zeit einen offenbar auf Erfindung beruhenden, lediglich der Verhetzung dienenden Artikel. Auf eine Beschwerde hierüber an den zuständigen Regierungs-Präsidenten, daß ein amtliches Blatt sich nicht mit solchen Sachen befassen dürfe, weil es hiermit die amtliche Unparteilichkeit nicht wahrt, entschied der Regierungs-Präsident, daß das Vertragsverhältnis zwischen dem Kreise der betr. Zeitung gelöst und ein anderes Blatt mit der Veröffentlichung der amtlichen Kreisnachrichten beauftragt werden solle.

Wir bitten unsere Freunde in Fällen, wo amtliche Nachrichtenblätter antisemitische Artikel veröffentlichen, um Einsendung dieser in mehreren Exemplaren zwecks energischen Vorgehens.

16. Kleines Anschriftenbuch von München.

Die Deutschvölkische Verlagsgenossenschaft e. G. m. b. H., in deren Verlag auch der Beobachter erscheint, hat ein „Kleines Anschriftenbuch von München" mit einer Zusammenstellung von deutschen Aerzten und Rechtsanwälten herausgegeben, darin sind folgende Anwälte durch Fettdruck als in der deutschvölkischen Bewegung stehend bezeichnet:

R. A. Heinrich Bauer, Pfandhausstraße 7,
Dr. Heribert Buchner, Landwehrstraße 1,
Hans Dahn, Schützenstraße 7,
Dr. Georg Gaubatz, Bayerstr. 2.
Karl Kohl, Herzogspitalstraße 14
Dr. Otmar Rutz, Maximilianstraße 31,
Karl Sandtner, Sonnenstraße 19,
Willibald v. Zezschwitz, Pfandhausstraße 7.

Erheiternd ist es, daß das Verzeichnis der Aerzte und Zahnärzte so oberflächlich zusammengestellt ist, daß eine große Reihe von Juden mit aufgeführt sind, darunter solche mit unverkennbar jüdischen Namen.

17. Aus dem Berliner Zeitungswesen.

Die „Süddeutsche Zeitung" bringt in Nr. 44 vom 22. 2. 21 eine Zusammenstellung bevorstehender Veränderungen im Berliner Zeitungsleben, die wir zur Orientierung auszugsweise nachstehend veröffentlichen:

„Dem Vernehmen nach stellt die früher freikonservative, jetzt deutschnationale Zeitung „Die Post" am 1. April ihr Erscheinen ein. Der aus der „Deutschen Zeitung" ausgeschiedene Abg. Wulle soll, wie wir weiter erfahren, die Gründung einer neuen Tageszeitung der äußersten Rechten, spätestens zum 1. Oktober d. J. beabsichtigen. Er rechnet darauf, daß ein großer Teil seiner alten Leser ihm folgen wird. Von den Berliner Tageszeitungen, die grundsätzlich rechts standen, ohne aber einer bestimmten Partei zu dienen, hat die „Tägliche Rundschau" sich jetzt auf die Deutsche Volkspartei spezialisiert, nachdem ihr Chefredakteur schon im vergangenen Sommer als nationalliberaler Abgeordneter gewählt worden ist; am Vorabend der Preußenwahlen hat das Blatt zum ersten Mal einen Aufruf nur für die Deutsche Volkspartei erlassen, während es früher immer auch noch die Deutschnationalen erwähnte. Die bisherige Stelle der „Täglichen Rundschau" als Sprachrohr der ganzen Rechten und als Vorkämpfer gegen alle Novemberlinge will vom 15. März ab der „Tag" einnehmen, zu dessen Redaktionsstab eine Anzahl früherer Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau" gestoßen ist. Bisher war dieses Scherlsche Blatt nur eine Nebenausgabe des „Berliner Lokalanzeigers", wird aber nun zu einem selbständigen Organ mit großen Mitteln ausgebaut. Unter den Berliner Wochenschriften ist es die royalistische „Tradition", die zum 1. April, wahrscheinlich unter neuem Titel, auf eine breitere Grundlage gestellt und in weitere Kreise des köngistreuen Preußens eingeführt werden soll; wie wir hören, wird die „Konservative Monatsschrift" mit diesem Wochenblatte verschmolzen werden."

18. Werkzeugschlosser Preßl.

Wir geben nachfolgend die wesentlichen Teile einer neuen Rede des Nürnberger Werkzeugschlossers Pressl, über den wir bereits in den Mitteilungen Nr. 29 v. J., und Nr. 1 d. J. berichteten, wieder, damit unsere Freunde die Unterlagen für die Widerlegung (Pressl reist mit dieser Rede) zusammenstellen können:

„Aus den Lesern des deutschen Wochenblattes hat sich der deutsche Block der „Heilo"-Leute gebildet, um endlich etwas Ordentliches zum Aufbau Deutschlands zu tun. . . . Es wird keiner hier sein, der sagen möchte, daß es bei uns seit jener glorreichen Revolution besser geworden wäre. Das muß allgemein erkannt und angestrebt werden, daß die Ausbaldowerung und Aushungerung unserer Arbeiter aufzuhören hat. Es ist eine Schande, daß die Genossin Wurm den Mut gefunden hätte, zu sagen: „Wir können die Ablieferung der 80 000 Milchkühe an Frankreich nicht verweigern; denn die französischen Kinder leiden bitteren Mangel." Wo bleiben denn die deutschen Kinder. Unter solchen Umständen bleibt der Weg zu unserem Aufbau ein Weg nach Golgatha.

Wo sind die 6400 Frauen und Mädchen geblieben, die seit Ausbruch der Revolution in Deutschland verschwunden sind? Warum werden dem arbeitenden Volk unerschwingliche Steuern aufgelegt und nicht dem ungeheuern Bank- und Industriekapital, wie es Pflicht wäre? Die Banken haben es im Kriege auf 193 Milliarden Leihkapital gebracht. Krupp besitzt 250 Millionen Aktienkapital. Der Werwolf des Bank- und Börsenkapitals ist in der Republik fürchterlicher als je. Das kommt auf die Goldinternationale der Juden. Rothschild allein besitzt 70 Milliarden. Darum Kampf dem gesamten Bank-, Börsen- und Industriekapital! 90% liegen in den Händen der Juden. Durch Verstaatlichung des Bank- und Börsenkapitals allein können wir zur Gesundung kommen; dadurch würde auch das ganze Industriekapital erfaßt.

. . . Wie war es nur möglich, daß man das deutsche Volk so einwickeln konnte? Die Antwort darauf gibt ein Buch, welches unlängst erschienen ist. Dieses Buch müssen alle Deutschen lesen. Es hat den Titel: „Die Weisen von Zion". Es ist die Schuld der Arbeiterschaft, daß sie kritiklos ihre Stimmen jenen Hebräern gegeben haben. Wer waren diejenigen, die geschoben wurden? Erst in den Krieg, dann in die Revolution und schließlich ins Unglück! Und wer wurde geschützt? Das waren die Häuser der Reichen. Die Arbeiter waren und sind heute noch die Betrogenen!

Der bayerische Kriegsminister Schneppenhorst hatte um 11 Uhr vormittags auf Ehrenwort erklärt, er würde nicht auf die klassenbewußten Arbeiter schießen lassen, dazu wäre er viel zu stolz. Am selben Tage noch und tags darauf wurden die Arbeiter niedergeschossen. Das war möglich in der „Rätesaustallrepublik!" — In jener unheilvollen Kreistags-Steuerkommission, wo beraten wurde, wie man restlos den letzten Pfennig des Arbeiters dem Steuersäckel zuführen könne, da erhob sich nur eine Stimme zum Schutze des Arbeiters, das war Braun, leider ein Jude! Er sagte mit ganzer Entschiedenheit: „Wir können den Arbeiter nicht noch mehr belasten!"

Warum kämpft man gegen uns Völkische so! Mag man uns immerhin durch „Judenknechte" belauschen lassen und bekämpfen: für jeden, der durch Mithilfe von Judenknechten beseitigt wird, werden wir Hunderte und Tausende als Geiseln fassen! Wir werden jeden Tod unserer Führer rächen. Wir wollen keine Pogrome; aber wir wollen es sagen, daß wir uns nicht alles gefallen lassen werden. (Ungeheurer, langanhaltender Beifall.) In Rußland haben die Trotzki und Lenin bald abgewirtschaftet. Was werden sie machen? Nun, sie werden zu uns kommen. Aber wir werden sie nicht dulden; wir werden sie ausweisen! (Wieder langer, tosender Beifall.)

Schauen wir in die Wirtschaft der kommunalen Verbände! In Bayern hat man 240 Wagen Weizen an die Juden verkauft, den Zentner für 300 Mark. Heißt

das das Wohl der Arbeiter fördern? Nein, nicht der Arbeiter, nicht der Deutschen, sondern der Juden Wohl!

Und nun die Statistik der Juden im Heere! Zwei Zahlen nur! Es hieß, es wären 100 000 jüdische Soldaten eingezogen gewesen, in Wirklichkeit waren es aber nur 64 000. Von diesen 64 000 erhielten 9000 das E. K. I und 17 000 das E. K. II. Die Juden haben es auch da verstanden, zu holen, was möglich war.

Es ist eben überall der Jude voran.

Ist es möglich, können wir aus diesem „Saustall" herauskommen? Wir müssen uns eine Basis schaffen, wir müssen uns Bismarcksnaturen erziehen.

. . . . . Parteipolitik hat uns zerfleischt. Es kann Parteipolitik uns also nicht helfen. Was uns helfen kann, ist eine Bewegung, die uns zur Besinnung führt, daß wir Deutsche sind. Wir wollen den Bruder als Bruder und die Schwester als Schwester ehren. Das Pflichtbewußtsein wollen wir stärken. Wir wollen dafür sorgen, daß deutsche Mädchen sich nicht dem Juden an den Hals werfen. Ehrgefühl und Pflichtgefühl müssen uns wieder emporführen. Es gilt aufzuwachen und aufzustehen; es gilt, deutschvölkische Arbeit zu tun. Es gilt, das deutsche Erbe unsern Kindern zu übergeben, wie wir es angetreten haben. Wir müssen uns besinnen auf unsere Urgroßväter von 1813 und 14. Wir müssen dahin kommen, daß wir alles wiederbekommen, was wir verloren haben. Wir stehen vor dem Verlust Oberschlesiens. Das wäre die Brotlosmachung zahlloser Arbeiter. Deutschvölkischer, deutschsozialer Sinn arbeite für alle Deutschen gemeinsam! Einer für alle und alle für einen, das bleibe unsere Losung!" (Ungeh. Beifall.)

19. Der wahre Feind des Christentums.

Dr. H o f f m a n n - K u t s c h k e sprach in Iserlohn über das Thema „Rasse und Volkstum". In dem „Iserlohner Märkischen Volksblatt" vom 12. Januar findet sich hierüber folgende Randbemerkung:

„Dagegen, daß Herr Dr. Hoffmann-Kutschke über das Thema „Rasse und Volkstum" spricht, hätten wir nichts einzuwenden, wohl aber dagegen, daß Herr Dr. Hoffmann, wie uns von einem Teilnehmer mitgeteilt wird, u n q u a l i f i z i e r b a r e A u s f ä l l e g e g e n P a p s t t u m u n d K a t h o l i z i s m u s erlaubte. Von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß von einem katholischen Besucher starker Anstoß an diesen Aeußerungen genommen sei, erwiderte Dr. Hoffmann, daß er nicht die Katholiken schlechthin (er hatte den Ausdruck „d i e S c h w a r z e n" gebraucht), sondern „n u r d i e J e s u i t e n" gemeint. — — — Wir wollen nicht auf die weiteren, katholische Zuhörer stark provozierenden Aeußerungen Dr. Hoffmanns eingehen, sondern nur die verletzenden Bemerkungen gegen Papsttum und Katholiken (natürlich mußte auch Dr. Cohn, weiland Erzbischof von Olmütz herhalten) e n t s c h i e d e n z u r ü c k w e i s e n und s c h a r f e V e r w a h r u n g gegen diese abfällige Kritik Dr. Hoffmanns einlegen, zumal da wir der Ansicht sind, daß sich die Katholiken derartige Beleidigungen am allerwenigsten im katholischen Gesellenhaus gefallen zu lassen brauchen. Der Schutz- und Trutzbund aber möge sich, wenn er wieder derartige Vorträge veranstaltet, vorher darüber vergewissern, daß seitens der Redner nichts gesagt wird, was geeignet ist, die Zuhörer in ihrem religiösen Empfinden gröblichst zu verletzen. Sonst dürften ihm bald noch weitere Gegner erwachsen.

20. Dr. Distler.

Im Oktober v. J. trat Dr. Distler, Leiter des „Notbundes gegen die deutsche Schmach" an unsere Münchener Freunde heran und bezeichnete sich als Freund der Juden, der immer besonders darauf hinweise, daß sich das im allgemeinen wenig rücksichtsvolle Verhalten der Franzosen im besetzten Gebiet in gleicher Weise gegen christliche wie jüdische Deutsche richte. Unsere Freunde sorgten auch dafür, daß sein Verband unterstützt werde. — Nun entnehmen wir der „Neuen Westf. Volkszeitung" vom 9. d. Mt., daß sich Herr Dr. Distler in einer Versammlung des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes" in Herford dahin geäußert hat, er werde vom Auswärtigen Amt nicht genügend unterstützt, denn im Auswärtigen Amt sitzen keine Bayern, auch keine Preußen oder gar Hakenkreuzler, sondern viele Hakennasen.

21. Jürgen von Ramin.

Jürgen von Ramin, einer der deutschvölkischen Führer, bereist neuerdings viel die Provinz. Ueber den Inhalt seiner Vorträge haben wir verschiedenes Material, das wir rechtzeitig anzufordern bitten.

22. Gebrüder Conti.

Die Gebrüder Conti, über die wir bereits in den Mitteilungen Nr. 14 berichtet haben, betätigen sich in Studentenversammlungen weiter antisemitisch und bemerken auf entsprechende Vorhaltungen, daß sie aus edlem lombardischen Blute stammen. Darauf wäre folgendes zu antworten:

Das lombardische Blut ist allerdings ursprünglich germanisches Blut, das sich aber seit dem Jahre 568, also seit $1^1/_2$ Jahrtausenden millionenfach mit welschem Blute vermischt habe, mit dem Blute der Venetianer, Florentiner, Römer usw. Auch wäre hinzuzufügen, daß seine Blutsgenossen seit dem Jahre 774 dem Volke angehören, das an dem jetzigen Unglück Deutschlands schuld ist. Denn, wenn Italien im Jahre 1914 seine beschworenen Bundespflichten erfüllt hätte, dann hätte Frankreich nicht seine Truppen von der italienischen Grenze wegnehmen können und die Schlacht an der Marne wäre niemals verloren worden.

Die Gebrüder Conti haben also gar keine Ursache, sich als Stütze und Erretter Deutschlands aufzuspielen.

23. Quindel.

Im Hannoverschen Kurier vom 9. d. M. findet sich eine Notiz über Georg Q u i n d e l, die wir hier wiedergeben:

Wir haben uns, wie einem großen Teil der Leser noch bekannt sein dürfte, früher im Handelsteil des „Hannoverschen Kurier" häufiger mit den mehr als zweifelhaften industriellen Gründungen des Herrn Georg Quindel beschäftigen müssen. Damals hatte es dieser Herr Quindel bei der Unterbringung seiner „Werte", die bald unter dem Namen „Quindelwerte" berüchtigt waren, u. a. auf die Landwirte in der Gegend von Schwarmstedt, Gilton usw. abgesehen. Leider hat es Herr Quindel derzeit auch verstanden, diese Landwirte stark für seine Unternehmungen zu „interessieren". Wir haben damals an Ort und Stelle die Tätigkeit des Herrn Quindel festgestellt und den Kampf gegen diesen Industrieritter aufgenommen. Herr Georg Quindel wußte sich nicht besser zu verteidigen, als daß er einen Bericht über eine Generalversammlung seines „Konzerns" versandte, in dem er bekannt gab, die „Ge-

neralversammlung" habe als richtig anerkannt, sich nicht auf Zeitungspolemiken einzulassen, sondern die gerichtlichen Verhandlungen abzuwarten, die eingeleitet seien. Durch den Gang der Ereignisse wurde dann zum großen Leidwesen des Herrn Quindel bestätigt, daß es sich bei seinen Unternehmungen um direkten Schwindel handelte, und das Endresultat war, daß der Herr „Generaldirektor" wie sich Herr Quindel mit Vorliebe nannte, zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Im Jahre 1920 wurden wir leider nochmals gezwungen, uns mit diesem Quindel nochmals zu beschäftigen, da wir von den verschiedenen Seiten auf neue Machenschaften des Herrn Quindel aufmerksam gemacht wurden. Herr Georg Quindel, dem es scheinbar sehr peinlich war, an seine Charaktereigenschaften erinnert zu werden, schrieb uns dann einen Brief, in dem er mitteilte, daß er sich unter solchen Umständen aus dem öffentlichen Leben zurückziehen werde. Nur scheint bei Herrn Georg Quindel dieses Versprechen in Vergessenheit geraten zu sein; er wechselt aber sein äußeres Gewand. Er scheint ein für alle mal Handel und Industrie „Valet" gesagt zu haben, denn er verlegt seine „ersprießliche" Tätigkeit auf ein anderes Gebiet. Er verbreitet seit einiger Zeit in Stadt und Provinz Hannover Flugschriften, in denen er dem Bolschewismus und dem Judentum den Kampf ansagt. Es dürfte wohl einleuchten, daß ein Mann mit solchen „Erfahrungen" auch Grundsätze hat, deren oberster der ist, denen, die nicht alle werden, das Geld aus der Tasche zu locken.

24. Schilbach & Heine-Greiz.

Zwischen der Firma Schilbach & Heine in Greiz und ihrer jüdischen Kundschaft war infolge einer maßlosen antisemitischen Hetzrede einer der Firmeninhaber eine tiefe Verstimmung eingetreten.

Da inzwischen Herr Schilbach ausgetreten ist, gibt sich die Firma Mühe, das alte Verhältnis wieder herzustellen.

25. Die beiden Hauser.

In der letzten Zeit tritt bei den Deutschvölkischen ein Rassentheoretiker Otto Hauser in den Vordergrund. Während des Kriegs sind von ihm erschienen: „Rasse und Rassefragen in Deutschland" und „Die Germanen in Europa". Demnächst soll erscheinen „Genie und Rasse" und „Geschichte der Juden", von dem ein Kapitel „Die Judenverfolgungen im Mittelalter" im Jahrgang II des „Deutschvölkischen Jahrbuchs" veröffentlicht ist. Hauser hat auch auf dem Deutschen Tag in Weimar das Referat über die Rassenfrage gehalten.

Da sich vielfach Verwechselungen mit einem Deutsch-Schweizer Dr. phil. Otto Hauser ergeben haben, der durch seine vorgeschichtlichen Forschungen in Südfrankreich einen Weltruf erlangt hat, seien nachfolgend die Personalia der beiden Hauser gegeben:

1. Der Schriftsteller Otto Hauser ist am 22. 8. 1876 in Dianesch in Kroatien geboren und ist protestantischer Deutsch-Ungar. Er ist Literat, Dichter und in Geschichte, Philologie, Rassengeschichte Dilettant.

Otto Hauser, der Prähistoriker, ist am 27. 4. 1874 in Wädenswil-Zürich geboren und lebt als Dr. phil. in Basel. Die Angaben für beide sind im Kürschner ür 1917 zu finden.

26. Gustav Meyrink.

Vor kurzem wurde in einer Versammlung behauptet, der bekannte Romanschriftsteller Meyrink sei Jude. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Im Jahre 1917 wurde von antisemitischer Seite gegen Meyrink eine wüste Hetze in die Wege geleitet, in deren Verlauf sich herausstellte, daß Meyrink kein Jude ist und auch nicht von Juden abstammt. So schrieb damals Hans von Weber in der Nummer 4/5 der Zeitschrift „Der Zwiebelfisch" folgendes:

„. . . . so ist doch vielleicht um der Sinnesrichtung seiner Gegner willen die Feststellung von Interesse, daß Meyrink nicht Jude ist, sondern daß die an ihm angeblich bemerkten Kennzeichen jüdischer Art auf unverfälscht arischem Stamme wuchsen. Sein Vater war der Freiherr von V., Minister eines deutschen Bundesstaates, sein Bruder Gesandter an einem deutschen Hofe, seine Mutter eine bayerische Hofschauspielerin von Rang (Marie Meyer, die Red. d: Mitt.), die aus Hamburg stammte. Die Familie der Mutter ist bis ins 18. Jahrhundert zurückzuverfolgen, ihr Vetter war der bekannte Geschichtsforscher Geheimrat Eduard Meyer."

27. Fall Simon Katzenstein.

Der frühere bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Katzenstein ist im Oktober des letzten Jahres und in Nr. 53 der „Deutschen Tageszeitung" d. J. deshalb angegriffen worden, weil er angeblich, ohne Arbeit zu leisten, sich monatelang Gehalt vom Reichswirtschatsministerium habe zahlen lassen. Selbstverständlich wurde diese Angelegenheit nach allen Regeln der Kunst antisemitisch ausgeschlachtet. Wir besitzen ausführliches und schlagendes Material darüber, daß die Angriffe gegen K. völlig zu Unrecht erfolgt sind. Das Material muß nötigenfalls bei uns angefordert werden.

28. Gedanken zum Preußentag.

In Nr. 17 des „Lübbener Kreisblattes" vom 10. Februar findet sich ein Artikel eines Richard Koch, der die Ueberschrift „Gedanken zum Preußentag" trägt. Der Artikel beweist erneut, wie sich bei unseren Rasseaposteln der Haß gegen Juden und Judentum zu einem Kampf gegen das Christentum auswächst. Es heißt in demselben: „Dringen Sie mit allem Nachdruck darauf, daß unsere Kirchen, evangelische wie katholische, das Judenchristentum abwerfen, das Juda Schutz und Schirm gewährt, und legen Sie arisches Christentum an als einzig kleidsames Seelengewand."

29. Zur Frage des Antisemitismus an Universitäten.

Die Ortsgruppe Breslau hat eine von mehr als 100 jüdischen Juristen (Richtern, Rechtsanwälten und Verwaltungsbeamten) unterschriebene Eingabe an den Dekan und die Mitglieder der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität in Breslau gerichtet, die wir nachfolgend als Beispiel für ähnliche Aktionen in anderen Universitätsstädten abdrucken:

„Breslau, den 21. Februar 1921.

In den letzten Tagen sind an zahlreiche in der Praxis stehende Juristen jüdischen Glaubens teils durch die

juristische Fakultät der hiesigen Universität, teils durch Vermittlung Dritter Ansuchen gelangt, durch Geld- und Bücherspenden der Studentennot abzuhelfen. Die Unterzeichneten hätten gewünscht, diesem Ansuchen ohne weiteres entsprechen zu können, wie ihr erster Impuls ihnen vorschrieb. Sie sehen sich jedoch zu ihrem Bedauern aus folgenden Gründen zu einer gewissen Zurückhaltung veranlaßt:

Seit Jahr und Tag gibt sich ein erheblicher Teil der hiesigen Studentenschaft einem schrankenlosen Antisemitismus hin. Diese Strömung tritt in Hetzreden zutage, die in mehreren in der Aula Leopoldina abgehaltenen studentischen Versammlungen gehalten worden sind. Sie zeigt sich ferner in der Teilnahme an der sogenannten deutschvölkischen Bewegung, die das Ziel hat, die deutschen Juden unter Fremdenrecht zu stellen und an den Universitäten, wie einst in Rußland, so jetzt auch bei uns, die Prozentnorm für die jüdischen Studenten einzuführen. Sie findet schließlich ihren, jeden anständigen Menschen, besonders aber jeden Vertreter des Rechts empörenden Ausdruck in der vor kurzem gefaßten Eisenacher Resolution der deutschen Burschenschaft, die u. a. besagt:

„1. Die Burschenschaft steht auf dem Rassenstandpunkt, deshalb dürfen nur deutsche Studenten arischer Abstammung in die Burschenschaft aufgenommen werden.

2. Die Burschenschaft verpflichtet die einzelnen Burschenschaften, ihre Mitglieder so zu erziehen, daß eine Heirat mit einem jüdischen oder farbigen Weibe ausgeschlossen ist, oder daß bei solcher Heirat der betreffende ausscheidet.

3. Die deutsche Burschenschaft hält an dem Grundsatz der unbedingten Genugtuung gegenüber ehrenhaften Studenten fest. Die örtliche Burschenschaft kann durch einstimmigen Beschluß feststellen, daß eine Durchführung dieses Grundsatzes gegenüber fremdrassigen Studenten nicht möglich ist.“

Wir legen uns mit Bangen die Frage vor, welches Schicksal der deutschen Rechtspflege beschieden sein wird, wenn sie in einigen Jahren in die Hände von Personen gelegt wird, deren Geist solche Beschlüsse widerspiegeln.

Von einer Stellungnahme der Universitätsbehörden oder der Professorenschaft zu dieser Bewegung, welche die unserem Vaterlande so bitter nötige Einheit dauernd gefährdet, sein Ansehen in der Welt untergräbt und in ihren rohen Formen eines akademischen Bürgers unwürdig erscheint, ist bis jetzt nichts verlautet.

Bei dieser Sachlage wird uns der Zweifel aufgenötigt, ob die von uns erbetenen Unterstützungen, die zu einem erheblichen Teile Studenten der oben bezeichneten Geistesrichtung zugute kommen würden, ihnen auch erwünscht sind und nicht vielmehr eine Zurückweisung erfahren, falls sie hören, aus welchen Händen die Gaben stammen.

Wir würden es begrüßen, wenn uns unsere Entschließungen durch eine möglichst baldige und klare Stellungnahme der Universitätsbehörden und der Studentenschaft erleichtert werden.“

30. Sie lügen weiter.

In der antisemitischen Rastenburger Zeitung „Deutsche Arbeit“ war eine Notiz ein alten, eine deutschvölkische Versammlung wäre von Unabhängigen und Kommunisten gesprengt worden, die mit jüdischem Gelde bezahlt seien. Diese Angaben sind selbstverständlich erlogen, sind auch, wie uns aus Ostpreußen berichtet ist, sehr bald verstummt.

31. Die Blutmischung.

Wie die „Welt am Montag“ in ihrer Nr. 3 vom 17. 1. 21 mitteilt, wandte sich ein junger, arisch-christlicher Deutscher an die deutschvölkische Siedelung in Wießlohe-Bringhausen mit dem Ersuchen, in der Siedelung aufgenommen zu werden. Er erhielt von dort einen Fragebogen, in welchem nach Bekenntnis und Gesundheitszustand gefragt wurde. Darauf antwortete er, daß seine Eltern Christen seien und daß er vor einiger Zeit die Basedowsche Krankheit gehabt habe, aber nach einer Operation völlig gesund sei. Darauf erhielt er — wie uns berichtet wird — folgende Antwort:

Siedelung Wießlohe. Bringhausen, 27. 12. 20.

Heil zuvor!

Besten Dank für die Mitteilung. Basedowsche Krankheit ist bekanntlich wohl ein Zeichen von Blutmischung. Es tut uns herzlich leid, daß wir Dich darum nicht in unsere Siedelung aufnehmen können. — Wir wünschen Dir aber, daß Du anderswo befriedigende Arbeit findest. Heil!

gez. Weisen.

32. Schulchan aruch, Jore Dea.

Die „Deutsche Zeitung“ bringt in ihrer Abendausgabe vom 6. 12. 20 einen Artikel „Der Centralverein d. S. j. G.“, in dem in überaus gehässiger Weise gegen den Centralverein polemisiert wird. Da ist z. B. folgendes zu lesen:

„Der fromme Centralverein befolgt mehr als getreu einen seiner „Religionssprüche“: „Der Jude darf nicht sagen, daß er Nichtjude sei, aber er kann eine zweideutige Sprache führen.“ (Schulchan aruch, Jore Dea.)“

Das Zitat ist richtig; wir können die Stelle sogar noch genauer angeben: Kapitel 157 § 2. Nur fehlt der Schlußsatz: „Dieses alles ist jedoch nur erlaubt im Falle der Lebensgefahr, ist aber keine Lebensgefahr vorhanden, wenn er z. B. Ackumkleider anziehen will, damit man ihn nicht als Juden erkenne, um den Judenzoll zu hinterziehen und dergl., so ist dieses verboten.“ — Solcher Art sind die antisemitischen Zitate fast alle, indem sie sittlich Hochstehendes durch Auslassung ins Gegenteil kehren.

33. Juristisches zur Boykottfrage.

Die Ortsgruppe Kottbus, wie auch andere Ortsgruppen des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, versandten an ihre Mitglieder Rundschreiben, in denen diese aufgefordert wurden, bei den in der den Rundschreiben beigefügten Anlage aufgeführten jüdischen Geschäften nicht zu kaufen.

Das Reichsgericht hat in mehreren Entscheidungen betont, daß nur dann unerlaubter Boykott — der zivilrechtliche Schadensersatzklagen begründet — vorliegt, wenn die Verrufserklärungen öffentlich oder so erfolgen, daß damit die Existenz des angegriffenen Gewerbetreibenden ganz oder zum größten Teile vernichtet wird. Es ist aber bei der deutschvölkischen Vereinigung Kottbus, die dort noch keinerlei Bedeutung hat, nicht anzunehmen, daß durch das Rundschreiben die Existenz der angeführten jüdischen Geschäfte untergraben wird. Von einer Klage im Zivilprozeß ist demnach abzusehen, wobei noch gesagt sein muß, daß das Reichsgericht in der Boykottfrage überhaupt sehr widersprechende Entscheidungen gebracht hat.

Dagegen ist den jüdischen Kaufleuten, die in dem Verzeichnis als „Lumpenjuden“ und „Trödeljuden“ aufgeführt waren, der Weg der strafrechtlichen Privatklage wegen Beleidigung anzuraten, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß unter Umständen auch diese Klage bei Schöffen, die in den angegebenen Worten keine Beleidigung erblicken, wenig Erfolg verspricht.

34. Die Haferumlage.

Im Rügenschen Kreis- und Anzeigenblatt vom 18. Januar wird in einem Artikel „Die Haferumlage“ behauptet, die Rügenschen Landwirte erhielten für Hafer 70 M und die Stadt Berlin gebe ihn mit 190 M, Neukölln sogar mit 210 M den Zentner an den Pferdehalter ab. Mit dem Verdienste von 120 M. mästeten sich die Juden. Demgegenüber wird uns von sachverständiger Seite mitgeteilt, daß es sich um Hafer handelt, den die Kommunalverbände an ihre gewerblichen Pferdehalter zur Verteilung bringen und bei dem kein Händler mit der Preisbestimmung etwas zu tun hat. Die Preise sind von der Reichsgetreidestelle vorgeschrieben worden, der Verdienst des als Kommissionär tätigen Handels beträgt für Rügen 1,50 M für den Zentner. In der Geschäftsleitung der Reichsgetreidestelle ist heute kein Jude mehr und zu keiner Zeit waren mehr als zwei Herren, wovon der eine, Dr. Oppenheimer, sich nur als Jurist betätigt hat.

35. Der „jüdisch-schlüpfrige“ Stil.

In der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 62 vom Montag, den 7. 2. 21, findet sich folgender Bericht über den Karikaturistenball:

„Die Karikaturisten haben sich nie über mangelhaften Besuch Ihres Balles zu beklagen gehabt. Dieses Jahr natürlich hatten sie wieder ein volles Haus. Das stankbürgerliche Gewissen ist ja so leicht beschwichtigt, wenn man sich hinter den guten Zweck stecken kann; also rin in das Vergnügen. —

Rings um den Rang zieht sich ein buntes Band von Zeichnungen voll Laune und Pikanterie, auf denen ausgezogene Weiblichkeit eine wesentliche Rolle spielt. Auf Schritt und Tritt begegnet man Modeblüten. Rückenausschnitte überall. Fehlt er einmal, so aus dem Grunde, weil überhaupt ein Rückenteil am Kleid kaum vorhanden ist. Film- und Bühnensterne gehen darin mit gutem (oder schlechtem) Beispiel voran. Manches künstlerische, hübsche Kostüm fällt auf, das Schlittschuhläuferballet des Admiralspalastes mischt sich in allen möglichen Kleidungen unter die Gäste. Ein paar Mädel illustrieren, etwas sehr deutlich den Protestruf „Wir haben nichts anzuziehen“, den sie auf ihre Demonstrationstafel geschrieben haben.“

36. Hölzsche Rotgardisten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 9. Januar 1921 enthält einen Aufsatz „Von Scheidemann bis Hölz“ in dem behauptet wird, daß, als die Rotgardisten des Hölz in das Café Trömel in Plauen eingedrungen seien und die Taschen aller Gäste untersucht hätten, diejenigen, die sich als Juden ausweisen konnten, hätten sitzen bleiben dürfen. Diese Behauptung ist, wie wir festgestellt haben, falsch. Bei der Beraubung der Gäste im Café Trömel ist ein Unterschied zwischen Juden und Christen nicht gemacht worden. Es wurden vielmehr alle ausgeplündert. Gegen die auch von anderer Seite aufgestellte Behauptung, daß Juden von Hölz geschont worden seien, und gegen die darin liegenden Insinuation, als wenn die Juden mit Hölz unter einer Decke gesteckt hätten, ist schon früher vom Vorstand der Ortsgruppe Vogtland (siehe Notiz Nr. 52 d. Bl.) in ganz energischer Weise Stellung genommen worden, da diese Behauptung vollständig aus der Luft gegriffen ist. Ein solcher Verleumder hat auch bereits der Ortsgruppe reumütig sein Bedauern über die von ihm in die Welt gesetzte, jeder Begründung entbehrende Behauptung ausgesprochen. Wir bitten, auf ähnliche Behauptungen in der Presse zu achten und uns sofort Mitteilung zu geben, sofern über das Wirken des Hölz Mitteilungen erscheinen, welche die vorerwähnten unrichtigen Behauptungen über unsere Glaubensgenossen im Vogtland aufweisen.

37. Schutz- und Trutzbund in Meiningen.

Die Meininger Gruppenleitung dieses Bundes hat einen neuen Trick erfunden, die Juden zu verhöhnen. Sie versendet eine Einlaßkarte zu einem Vortrag über das Thema „Die Juden, die Könige der Welt“, auf deren Rückseite ausdrücklich vermerkt ist, daß jeder, der die Ruhe und Ordnung zu stören versucht, die Berechtigung zum Aufenhalt im Saale verliere. Wie uns mitgeteilt ist, gibt man den etwa erschienenen Juden keine Möglichkeit zur Entgegnung, weil eine Diskussion nicht stattfindet, macht aber von dem Recht Gebrauch, bei etwaigen Zwischenrufen, zum Gaudium der Deutschvölkischen, den betr. Juden hinauszukomplimentieren. Die Meininger berichten, daß weder der offiziell eingeladene Rabbiner noch andere Glaubensgenossen dieser Einladung Folge geleistet haben.

38. Oeffentliche Protestversammlung gegen den Antisemitismus in Schreiberhau.

In Schreiberhau wurde von nichtjüdischer Seite im „Zackenfall“ eine große Protestversammlung gegen den Antisemitismus veranstaltet. Nach einem Bericht, den die Breslauer Zeitung vom 15. 1. dem „Boten aus dem Riesengebirge“ entnommen hat, behandelte der Einberufer, Richard Adolf, die Frage vom Standpunkt des Arbeiters. Auch die Vertreter der Gasthausangestellten machten Front gegen die Hetze und betonten, daß sie keinesfalls gewillt seien, sich ihre Existenz durch diese Bestrebungen untergraben zu lassen. Für die Gemeindebehörden schloß sich Bürgermeister Staeckel den Ausführungen an.

Es wird sich zeigen, ob es gelingt, den gerade in Schreiberhau sehr eifrigen Hakenkreuzbrüdern endlich das Handwerk zu legen.

39. Der „jüdische“ Hotelprotz.

In der „Deutschen Zeitung“ sowie in der „Süddeutschen Zeitung“ und in einigen andern Blättern fand sich eine Notiz, die angeblich aus der Berliner „Roten Fahne“ entnommen war, und die folgende Aufzeichnungen eines Kellners im Hotel Adlon enthielten:

„Zimmer 279/280. Ein Gast ...... der echte protzige Schiebertyp, trägt nur seidene Wäsche, hat Dutzende von Anzügen und Brillanten auf den fleischigen Händen wie ein Maharadscha, zahlt täglich nur für Salon, Bad und Schlafzimmer mit zwei Betten 250,— M. Im zweiten Bett schläft eine Dame und zu ihren Füßen auf einem Seidenkissen ein weißer Spitz. Und wie lebt diese Dame? Jeden Morgen Kaffee, weiße Brötchen mit Butter und eine Büchse Ananas zu 50 M., dazu auch Honig. Dann ein parfümiertes Bad, das Parfüm allein kostet 130 M. Nachher kommt ein zweites Frühstück mit Eiern, Schinken

und Champagner, Mittag und Abend ißt das Paar in seinem Zimmer. Serviert wird Suppe, Geflügel, Fisch, Fleisch, allerlei Gemüse, Torten, Käse, dreierlei Wein und ständig eine Flasche Champagner. Dieses Menü kostet 900—1000 Mark. Der Hund bekommt jeden zweiten Tag ein parfümiertes Bad und ein ganzes Beefsteak zu 45 M., in den Abendstunden (1/4) Liter Milch, und damit es diesem Tier auch sonst an nichts fehlt, wird es tagsüber mit Pralinees gefüttert. Einen Tag nach ihrer Einlogierung kaufte der Galan dem Mädchen einen Pelz für 60 000 M., Seidenwäsche für 85 000 M. (die Rechnungen lagen offen im Zimmer), 8 Kostüme für 92 000 M. usw."

Die rechtsstehenden Organe knüpfen hieran eine Fülle antisemitischer Bemerkungen. In einer Rücksprache mit dem Wirt des Hotel Adlon haben wir folgendes festgestellt:

Die Sache selbst ist maßlos übertrieben. Es handelt sich um einen Zwist zwischen dem betreffenden Gast und dem Kellner. Unwahr ist sicher, daß Butter, Weißbrot und Milch gereicht worden sind. Das Beefsteak und das parfümierte Bad für den Hund sind ebenfalls freie Erfindungen. Jedenfalls hat der Gast nicht üppiger als alle übrigen Gäste gelebt. — Ob die Ausgaben für die Dame stimmen, läßt sich nicht feststellen. Es ist wahrscheinlich nur eine Behauptung des rachsüchtigen Kellners.

40. Die „jüdischen" Schlemmer.

Das „Berliner Tageblatt" Nr. 65 vom Mittwoch, den 9. 2. 21 bringt die folgende Notiz:

„Eine deutschnationale Meldung aus München.

In dem monarchistischen, deutschnationalen „Berliner Lokal-Anzeiger" finden wir folgendes Privat-Telegramm:

München, 8. Februar. Im Hotel „Bayerischer Hof" hat die Polizei gestern abend einen Rosenmontagsball von 250 Personen der ehemaligen Hofgesellschaft, darunter Prinzen und Prinzessinnen mediatisierter Häuser, aufgehoben. Die ganze feudale Gesellschaft mußte zu Fuß zum Verhör und zur Feststellung ihrer Personalien nach der benachbarten Polizeidirektion wandern, wo sie später entlassen wurde. Der Ball war zur selben Zeit, da in den größten Sälen Münchens Massenkundgebungen gegen das Pariser Versklavungsdiktat abgehalten wurden."

41. Die jüdische Filmindustrie.

In einer katholischen Versammlung in Trier am Sonntag, den 19. Dezember 1920, sprach der katholische Oberlehrer Dr. Miller aus Essen in Gegenwart des Bischofs, des Regierungspräsidenten und vieler katholischer Notabeln auch einige Worte über die Judenfrage und führte dabei aus, als er das Kapitel Juden und Filmindustrie streifte, man schreibe jüdischem Kapital einen großen Anteil an der Filmindustrie zu. (Allseitige Zustimmung). Dies sei jedoch nicht richtig. Er sehe sich veranlaßt, der Wahrheit die Ehre zu geben und mitzuteilen, daß er bei seinen Kämpfen gegen die Schundfilms gerade von jüdischer Seite sehr unterstützt werde. Er habe wegen Eingehens seiner Mittel vor der Schließung seines Büros gestanden, da sei ihm die Fortsetzung dadurch ermöglicht worden, daß ihm die reichlichen Mittel einer großen jüdischen Stiftung zur Verfügung gestellt seien. (Hirschland-Stiftung, Essen).

42. Jüdische Lesehalle Leipzig.

In Nr. 42 der in Düsseldorf erscheinenden Wochenschrift „Freie Meinung", die seit 1. 1. 21 sich „Völkische Rundschau" nennt, war eine Notiz enthalten, in Leipzig wäre eine jüdische Lesehalle geschlossen worden, weil sie sich als ein Mittelpunkt für bolschewistische Aufreizung erwies, die Schlüssel seien dem Rabbiner übergeben und eine Anzahl Ostjuden seien ausgewiesen. Der Tatbestand ist folgender:

In Leipzig bestand eine russische Arbeiter-Lesehalle, die auch von der jüdischen Gemeinde mit Geld und Material unterstützt wurde. Als die sie benutzenden Russen in den ersten Tagen der Revolution ins kommunistische Lager übergingen, zogen sich die Juden sofort zurück. Schließlich wurde die Lesehalle polizeilicherseits geschlossen, die Mitglieder ausgewiesen und der Gemeinderabbiner gebeten, die zurückgebliebenen Sachen vorläufig in Verwahrung zu nehmen. Nachdem sich die stattgehabten Anzeigen als übertrieben erwiesen hatten, wurden die Ausweisungsbefehle zum größten Teil zurückgenommen. Die Lesehalle darf jederzeit wieder eröffnet werden, die Sachen stehen zur Verfügung. Die Fassung der Notiz stammt aus dem sächsischen Landtagsbericht, in den sie durch die Leipziger Polizei hineingebracht war. Der Gemeinderabbiner hat dieserhalb beim Polizeidirektor Beschwerde erhoben.

43. Zwei Verurteilungen des Antisemitismus.

„The Jewish Guardian" vom Freitag, den 31. Dezember 1920 führt auf Seite 15 unter dem Titel: „Zwei Verurteilungen des Antisemitismus" Aeußerungen des Dr. D. Baltazar, dem protestantischen Bischof von Debreczin in Ungarn an: „Ich weiß aus der Geschichte, welch schreckliche Verfolgungen meinen protestantischen Voreltern auferlegt waren durch den Fanatismus der Kirche und ich weiß, wie viel Leid sie dem Lande angetan haben. Aus diesem Grund kann ich kein Antisemit sein und werde niemals imstande sein, mit denjenigen zusammen zu arbeiten, die wünschen, die jüdische Frage durch der christlichen Nächstenliebe ganz entgegengesetzte Mittel zu lösen." Er fährt in seinen Aeußerungen gegen den Antisemitismus fort und bemerkt zum Schluß: „Seite an Seite mit den Sündern, die Juden sind, sehe ich die zahllose Schar derjenigen Juden, die ehrliche Vaterlandsfreunde sind und die zu verletzen allein, nicht dem christlichen Gesetz der Liebe entgegen ist, sondern überhaupt dazu führt, die Kulturhöhe des Vaterlandes in den Augen der übrigen Welt zu erniedrigen."

„The Jewish Guardian" schließt hieran die bekannten Aeußerungen des hessischen Justizministers, Herrn von Brentano, der ebenfalls erklärt, daß es unchristlich sei, Unterdrückungen aus religiösen Gründen auszuüben. (Siehe „Deutscher Geist und Judenhaß", Aeußerungen nichtjüdischer Zeitgenossen, Kultur-Verlag-Berlin.)

44. Nun ist's genug!

Unter dieser Ueberschrift beginnt der Schriftleiter der „Deutschvölkischen Blätter" Herr Alfred Roth seinen Leitartikel in Nr. 7 mit den Worten: „Seit nun bald einem Jahre geht die Verleumdung in deutschvölkischen Kreisen um. Es ist kaum glaublich, was alles an unsinnigen Gerüchten aufgebracht und geglaubt wird, wenn es gilt, einen unbequemen Gegner in der Meinung anderer herabzuwürdigen." Wir können diesem Urteil, trotzdem es in den „Deutschvölkischen Blättern" steht, von ganzem Herzen zustimmen, nur müssen wir den Zeitraum noch bedeutend verlängern. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Deutsch-

völkischen endlich allgemein zu dieser Erkenntnis kämen und ihre Schlüsse daraus nicht nur für ihr eigenes Parteileben, sondern auch für ihr Verhalten gegen die Juden zögen. Selbsterkenntnis nach innen möge denn auch zur Besserung nach außen hin führen.

45. Antisemitische Klebezettel in der Eisenbahn.

Auf mehrere Anfragen teilen wir mit, daß nur dann eine Beschwerde über antisemitische Zettel und Aufschriften in Eisenbahnwagen Erfolg hat, wenn diese sogleich nach Verlassen des Zuges beim Stationsvorsteher unter genauer Bezeichnung der Wagennummer und Abteilbuchstaben zu Protokoll gegeben wird.

46. Fritsch-Goldschmidt-Strack.

In Nr. 44 seines „Hammer" benutzt Fritsch den Herausgeber einer von maßgebender Seite durchaus nicht günstig beurteilten Talmudübersetzung, Herrn L. Goldschmidt, als Kronzeugen für seine Behauptung, daß Geh.-Rat Prof. Dr. Strack in talmudischen Wissenschaften ein Ignorant wäre. Wie Strack auf Seite 82 der neuesten Ausgabe seiner „Einleitung in Talmud und Midrasch" in einer Fußnote bemerkt, hatte er Herrn Goldschmidt wegen der betreffenden Aeußerungen, die G. in einer großen Zahl von Exemplaren hatte verbreiten lassen, der Verleumdung beschuldigt. Die dadurch provozierte Klage G's gegen Strack wurde jedoch in zwei Instanzen abgewiesen, woraus sich ganz klar die Unhaltbarkeit der G'schen Behauptungen gegen Strack ergibt. Ist es schon an sich bedauerlich, wenn ein greiser Gelehrter, der in Bescheidenheit und Bedürfnislosigkeit sein ganzes Leben der Wissenschaft gewidmet und anerkannt Hervorragendes geleistet hat, in so roher und ungerechter Weise angegriffen wird, so ist es geradezu unverantwortlich, wenn dieses — aus irgendwelchen Motiven — aus einer Gemeinschaft heraus geschieht, welcher der Angegriffene im schwersten Kampfe gegen eine sich häufende Anzahl von Todfeinden seit Jahren treu zur Seite steht. Daß Strack zu den christlichen Gelehrten zählt, welche sich am intensivsten und ohne Vorurteil mit den talmudischen Schriften befaßt haben, dafür legt seine neueste Ausgabe der „Einleitung in Talmud und Midrasch" das beste Zeugnis ab.

47. Die Deutschvölkischen im jüdisch-jesuitischen Fangnetz.

Es handelt sich bei dieser Broschüre, die von Alfred Baß und Tarnhari „An alle Deutschen" gerichtet worden ist (Leipziger Verlags- und Kommissions-Buchhandlung, Preis 2 M.) um einen Streit der Deutschvölkischen unter sich. Der völkische Verlagsbuchhändler Baß setzt sich mit den Geschäftspraktiken seiner gleichgesinnten Verlagskonkurrenten auseinander, denen er jesuitische — was nach Ahlwardt mit jüdisch gleichbedeutend ist — Machenschaften zum Vorwurf macht, wodurch er in den „Semi-Kürschner" gekommen sei. — Die Polemik ist derartig wirr, daß nach keiner Seite hin etwas Deutliches zu ersehen ist.

48. Die Krankheit des Nationalismus.

In der Schrift „Die Deutsche Erhebung von 1914", Vorträge und Aufsätze von Professor Meinecke, finden sich auf Seite 87/88 einige schon 1914 geschriebene Sätze, die heute besondere Bedeutung haben. Meinecke sagt auf Seite 88: „Man darf freilich nicht verschweigen, daß die Krankheit des Nationalismus auch in älteren und gefestigteren Schichten der deutschen Gesellschaft sich ausgebreitet hat, in denen, die sich selbst als vorzugsweise „staatserhaltend" ansehen und die ironische Zustimmung ihrer Gegner dabei finden. In diesen Unternehmer-, Beamten- und Offizierskreisen hat sich der nationale Gedanke vielfach zu eng verquickt mit bestimmten sozialen und innerpolitischen Sonderinteressen. Man will hier, daß die Deutschen ein „Herrenvolk" seien und braut sich, um auch eine „Weltanschauung dafür aufweisen zu können, einen kräftigen Trank aus allen Ingredienzen, die man gebrauchen kann, zusammen, aus der vergröberten Ueberlieferung des altpreußischen Beamten- und Junkerstaates, aus den vulgären Ausbeutungen Darwinscher, Gobineauscher und Nietzschescher Gedanken. Besonders beliebt ist die Philosophie der Rasse, der „Edelrasse", des „Edelvolkes", wie denn überhaupt die modischen und unkritischen Rasselehren in nicht geringem Grade verantwortlich zu machen sind für die Entartung der nationalen Idee.

49. Jüdische und arische Arbeit.

Im „Berliner Tageblatt" vom 13. 1. erschien ein Artikel von Prof. Dr. Eugen Lerch „Die Hochschätzung der Faulheit", der eine Apologie gegen die von Spengler in seinem Werke „Preußentum und Sozialismus" aufgestellte These vom Unterschiede deutscher und jüdischer Auffassung der Arbeit darstellt. Bei den Ariern bedeute — nach Spengler — Arbeit Pflicht, bei den Juden Fluch, Marx' jüdische Abstammung verleugne sich nicht in seiner Lehre. Wenn auch die Juden in der Kindheitsperiode ihres Daseins die Arbeit als Fluch aufgefaßt haben, meint Lerch, für den Juden Marx konnte das im 19. Jahrhundert wenig bedeuten. Zudem lasse sich das von Spengler angegriffene Verbot der Arbeit am Feiertage unter dem Gesichtspunkt der Rücksicht auf das Gesinde sehr wohl als „echter Sozialismus" ansprechen. Lerch wendet sich dann der Untersuchung zu, welche Bedeutung andere Völker in der Frühzeit ihrer Entwicklung dem Worte „Arbeit" beigemessen haben. So heißt das gotische „arbaiths" lästige, beschwerliche, des freien Germanen unwürdige Arbeit. Bei Tacitus heißt es im 15. Kapitel der Germania: „Seltsamer Widerspruch der Natur, daß derselbe Mensch so den Müssiggang liebt und die Ruhe haßt". Die „große Arbeit" am Eingang des Niebelungenliedes sei auch nur als Mühsal, plagenreiche Arbeit zu verstehen. Das lateinische „labor" bedeutet Mühe, Last, Plage und erst in zweiter Reihe Arbeit. Die romanischen Sprachen leiten ihr Wort „travail, travaglio, trabahls" von dem Worte tre-palium, der Bezeichnung für ein aus drei Pfählen bestehendes Marterwerkzeug ab: alles Beweise, daß die Arbeit höchst selten von Völkern am Anfang ihrer Entwicklung als ehrenvoll aufgefaßt worden ist.

50. Schief Levinche mit seiner Kalle.

Neuerdings wird das im Verlag von Hoffmann und Campe, Berlin erschienene Buch „Schief Levinche mit seiner Kalle" von Isaak Bernays, erstmalig gedruckt im Jahre 1848, vielfach von jüdischen Zeitungen besprochen und angepriesen. Das geschmacklose Buch enthält Stellen, die im höchsten Maße geeignet sind, die antisemitische Bewegung zu fördern. Wir bitten unsere Ortsgruppen darauf hinzuwirken, daß die Verbreitung nicht etwa durch Propaganda aus den eigenen Reihen gefördert wird.

51. Eine deutschnationale Beurteilung.

Dr. Ulrich Kahrstedt veröffentlicht in Nr. 30 der „Eisernen Blätter" (von Pfarrer Traub herausgegeben) folgende Besprechung, die keines Kommentars bedarf:

Jüdische Geheimgesetze, von Dr. D. Strack, Berlin, Verlag Schwetschke u. Sohn, 1920, 36 Seiten.

„In Zeiten, da der Meinungskampf besonders heftige Formen annimmt, ist es doppelt wertvoll, wenn der Fachwissenschaftler aufklärend eingreift, um den Streit nicht etwa zu unterdrücken, sondern zu entgiften und ihm wirkliche Grundlagen zu geben. Hier wird dies von einem der ersten Kenner der jüdischen Literatur für die antisemitische Frage unternommen. Wenige Dinge verwirren und erbittern die Geister so, wie die Vorstellung, daß es eine streng geheimgehaltene jüdische Lehre und Literatur gebe, in der unerhörte Teufeleien stünden. Populäre Schriften operieren immer wieder mit solchem Schrifttum und das Laienpublikum muß es glauben. Es ist also sehr dankenswert, wenn wir hier den ganz authentischen Nachweis von fachmännischer Seite erhalten, daß es keine jüdische Schrift gibt, die nicht im Buchhandel zu haben wäre. Alles, was gegen die Tatsache gesagt worden ist, beruht auf Uebersetzungsfehlern oder willkürlicher Erfindung. Strack führt moderne Schriften an, in denen aus jüdischen Werken Kapitel und Paragraphenziffern zitiert werden, die es in ihnen gar nicht gibt, oder die ganz andere Dinge enthalten, als der moderne Benutzer in ihnen gefunden zu haben behauptet. In anderen Fällen haben die betreffenden Autoren es klüglich vermieden, Verfasser, Titel und Jahr zu nennen, sie sagen dann einfach: ein Geheimbuch, eine Lemberger Zeitung o. ä. Um die jüdische Literatur kennen zu lernen, braucht man also nicht in sorgsam gehütete Geheimnisse einzudringen, sondern lediglich hebräisch zu lernen und sich an der Hand der Verlagskataloge die betreffenden Bücher zu bestellen. Etwas näher geht Strack auf die „Sünde wider das Blut" und die „Geheimnisse der Weisen von Zion" ein. Es ist interessant, daß der Zionistenkongreß von Basel 1897, aus dem das letztere Buch die Verhandlungen von 24 Sitzungen „enthüllt", nur drei Tage gedauert hat!

Möge die Aufklärung dazu beitragen, den Kampf gegen die jüdischen Ansprüche zu entgiften und auf einem hohen Niveau zu halten; das kleine Buch von Strack wird keinen echt Völkischen, d. h. keinen, der sein Deutschtum liebt, beleidigen, nur für die Elemente, die die völkische Welle ausnutzen wollen, um mit Hilfe derer, die nicht alle werden, sich wichtig zu machen oder sich zu bereichern, ist es eine wohlverdiente Ohrfeige."

52. Vorbildliche Centralvereinsarbeit.

Aus einem Bericht der Ortsgruppe Plauen i. V.

Das Jahr 1920 war besonders reich an ernster Arbeit, an einer Reihe von Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen sowie vor allem an erfolgreicher Tätigkeit auf dem wichtigsten Kampfgebiete des Centralvereins, der Abwehr antisemitischer Angriffe und Beschuldigungen. Das Gerücht, daß Juden mit dem Kommunistenführer Hölz (siehe Notiz Nr. 36 d. Bl.) gemeinsame Sache gemacht und ihn mit Geld unterstützt hätten, um von ihm verschont zu werden, wurde als Verleumdung entlarvt und der Verbreiter mußte Abbitte leisten. Auch während der sonst unter dem Zeichen des wüstesten Antisemitismus stehenden Reichstagswahl gelang es, nicht nur in demokratischen und sozialdemokratischen Blättern gegen die Judenhetze anzukämpfen, sondern auch in der Presse der deutschnationalen und deutschen Volkspartei falsche Angaben zu berichtigen und antisemitische Klebezettel des Schutz- und Trutzbundes überall zu beseitigen. Noch besser als bei der Reichstagswahl funktionierte der Tätigkeitsapparat der Ortsgruppe — und dieses ist der vorzüglichen Vorbereitung auf der vorangegangenen Landesversammlung des C. V. zu danken — bei der Volkskammerwahl durch materielle Opfer und zielbewußte Zusammenarbeit mit dem jüdischen Frontsoldatenbund und den Kameraden, aber auch durch besonnene Fühlungnahme mit den Rechtsparteien. Selbst die Bemühungen des Schutz- und Trutzbundes verliefen ziemlich ergebnislos. Auch der antisemitischen Hetze in den Schulen wurde mit anerkennenswerter Hilfe der Leiter energisch zu Leibe gegangen, und dem Versuche eines Geldinstitutes und des Schutz- und des Trutzbundes, die jüdischen Kaufleute wirtschaftlich zu schädigen, mit Erfolg entgegengetreten.

In der Ostjuden- und Zionistenfrage blieb die Gruppe völlig auf dem Standpunkte der Centralleitung: „Verteidigung des Judentums, Pflege des Deutschtums und tätige Mithilfe zur Beseitigung der politischen und materiellen Not aller Juden, die um ihres Religionswillen leiden" und zwar in engster Gemeinschaft mit den israelitischen Gemeindebehörden.

Als ganz besonders wertvoll müssen wir die Arbeit des der dortigen Gruppe angegliederten Schiedsgerichts anerkennen. Es ist dies ein noch nicht genügend gewürdigter und doch überaus bedeutungsvolles und daher überall nachahmenswertes Mittel der inneren jüdischen Mission und zur Beseitigung zahlreicher Anlässe für antisemitische Anwürfe. Auch die geübte Methode, daß nicht der Einzelne, sondern stets der Vorstand der Gruppe antisemitischen Vorkommnissen entgegentritt, ist überall zu empfehlen.

53. Zur Propaganda.

Um unserer Vereinszeitschrift eine größere Verbreitung zu geben, veröffentlichen wir im folgenden den Vorschlag eines Mitgliedes, der uns praktisch und durchführbar erscheint:

In jeder größeren Ortsgruppe werden die von den ortsansässigen Mitgliedern gelesenen Exemplare der Zeitschrift „Im deutschen Reich" an einen Vertrauensmann geschickt, der diese wieder an bestimmte Personen des Ortes weiter versendet. Diese letzten Empfänger werden auf diese Weise mit den Zielen des Centralvereins bekannt gemacht. In Betracht kommen in erster Linie die Lehrer aller Schulen, Geistliche, Beamte und sonstige prominente Persönlichkeiten der betreffenden Stadt. Die Liste der Adressaten müßte von einem kleinen Komitee der ortsansässigen Mitglieder mit Vorsicht zusammengestellt werden. Die geringen Portokosten könnte jede Ortsgruppe selbst tragen.

54. Berichtigung.

In der letzten Nummer der Mitteilungen befindet sich in der Notiz „Juden als Erfinder" ein Druckfehler. Nicht der 1885 gestorbene David Bernstein, sondern Baurat Max Bernstein, eben der Erfinder, war Mitglied unseres Vereins. Dabei möchten wir darauf hinweisen, daß auch David Bernstein einen Namen in der Wissenschaft hat. Er war sowohl jüdischer Schriftsteller (Mendel

Gibbor und Vögele der Maggid) vor allem aber ein bedeutender Naturwissenschaftler, dessen „naturwissenschaftliche Volksbücher" heute noch weit verbreitet sind.

55. Aus der Literatur.

Einleitung in Talmund und Midrasch. 5. ganz neu bearbeitete Auflage von Prof. Dr. Hermann L. Strack, Verlag von C. H. Beck, München, 233 S. 6,05 Mark.

Der auf dem Gebiete der talmudischen Wissenschaft in den christlichen Gelehrtenkreisen der Gegenwart an der Spitze stehende Verfasser hat seine vor ca. 14 Jahren zum ersten Male erschienene und mehrfach aufgelegte und verbesserte „Einleitung in den Talmud", welche völlig vergriffen war, ganz neu bearbeitet, auf Grund der inzwischen erschienenen einschlägigen Literatur und eigener Forschungen wesentlich ergänzt und durch Hineinbeziehung des Midrasch vervollständigt. Ungeheuerer Fleiß, gepaart mit gründlicher Beherrschung des Stoffes und geschickter, übersichtlicher Darstellung, machen das Buch für jeden Christen, der sich mit Talmud und Midrasch beschäftigen will, unentbehrlich, es bietet aber auch dem jüdischen Talmudkenner viel des Wertvollen. Es ist, wie manche Arbeiten des greisen, aber immer noch arbeitsfrischen Verfassers, im hohen Grade geeignet, alte und neue Vorurteile gegen die rabbinische Literatur beseitigen zu helfen. Daher ist seine Anschaffung nicht nur Gelehrten, sondern allen für die rechte Erkenntnis des Judentums wirkenden Kreisen warm zu empfehlen. Auch dem in dem Vorwort angekündigten in Vorbereitung befindlichen Werke desselben Verfassers „Kommentar zum Neuen Testament aus Talmud und Midrasch" darf man wohl mit gespanntem Interesse entgegensehen.

Neben der ausgezeichneten kleinen „Jüdischen Geschichte" von Professor Dr. Ismar Elbogen, die in der Teubner'schen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt" erschienen ist, sei auf die neueste Auflage der „Jüdischen Geschichte von der Zerstörung des ersten Tempels bis zur Gegenwart in Charakterbildern dargestellt" von S. Müller, Metzler'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, Preis 28,50 M. hingewiesen, die eine wirklich inhaltreiche, volkstümliche Einführung in die gesamte Geschichte des Judentums von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart darstellt. Die Lektüre dieser beiden Bücher wird auf mühelose Weise ein ausgezeichnetes Wissen vermitteln und kann nicht warm genugempfohlen werden.

Vorstehende Bücher sind zu beziehen durch Philo Verlag und Buchhandlung G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstrasse 13.

56. An die Ortsgruppen.

Der Philo Verlag richtet an alle seine Freunde, die ihn und dadurch die Sache des Centralvereins durch ihre Bestellungen unterstützen, die ergebene Bitte, die Rechnungsbeträge möglichst innerhalb acht Tagen zu begleichen. Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der immer größer werdende Umfang unseres Geschäftsbetriebes lassen es im Interesse einer geregelten Geschäftsführung und einer erhöhten Rentabilität unseres Unternehmens als eine dringende Notwendigkeit erscheinen, unsere Freunde hierauf aufmerksam zu machen.

Philo Verlag und Buchhandlung G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 13.

57. Kleine Mitteilungen.

Lenin und die 50 Goldmillionen. Vor einiger Zeit machte Eduard Bernstein im „Vorwärts" Andeutungen über 50 Millionen Goldmark, die Lenin 1917 von der kaiserlichen Regierung zum Zwecke der Revolutionierung Russlands erhalten haben soll. Eine diesbezügliche Anfrage im Reichstage beantwortete Dr. Simons dahin, dass über diesen Vorgang nichts aktenmässiges vorhanden sei. Merkwürdigerweise bestätigt die Düsseldorfer „Völkische Rundschau" Nr. 6 vom 15. Februar Bernsteins Angaben und erweitert sie noch dahin, dass nach ihren eigenen Informationen der in Frage kommende Betrag die Summe von 50 Millionen bei weitem übersteige.

Wer also hat den russischen Bolschewismus finanziert?

Der Alldeutsche Verband — verjudet! Herrn Wulle, der so rasch die Leitung der „Deutschen Zeitung" aufgab, woran der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Herr Justizrat Class, schuld gewesen sein soll, kommt in Nr. 19 der „Deutschen Aufgaben" Herr Ewald Beckmann zu Hilfe. Er schreibt:

> Mit jesuitischer oder meinetwegen, wenn dieses Wort dem Verlage der „Deutschen Zeitung" besser gefällt, mit jüdischer Geschicklichkeit und Heimtücke verstand man es, Wulle bis zum 27. Dezember über sein wahres Verhältnis zur „Deutschen Zeitung" zu täuschen.

Alliance universelle antijuive. Wir machten in der letzten Nummer unserer Mitteilungen auf die Gründung einer internationalen Antisemitenliga aufmerksam, an deren Spitze Langhans, Roth und Kloss stehen. Die „Deutsche Zeitung" vom 16. Februar stellt mit Befriedigung fest, dass sich eine ähnliche Bewegung in Frankreich erkennen lasse. Nunmehr wird, wie wir in der „Grazer Tagespost" vom 27. Januar lesen, eine Tagung der Liga für Wien in Aussicht genommen. Anmeldungen sollen bis 3. Februar an die Geschäftsstelle des Antisemitenbundes Wien VIII, Josephstädter Strasse 8/9, gerichtet werden.

Bund völkischer Lehrer. Im „Hammer" Nr. 448 vom 15. 2. fordert ein Lehrer G. Tuchnitz-Tegel b. Berlin, Gabrielstr. 7, alle Lehrer, die es ablehnen, irgendeiner Partei zu dienen, sich aber verpflichtet fühlen, die Jugend in einigendem, versöhnendem völkischem Sinne zu deutscher Gesinnung zu erziehen, auf, ihm ihre Adressen mitzuteilen. Eine Gründungsversammlung werde in Kürze einberufen werden.

Durch die gesamte Rechtspresse ging und geht die Behauptung, die „jüdische" Abgeordnete **Frau Wurm** hätte in der Reichstagssitzung vom 14. Dezember die französischen Forderungen auf Auslieferung der Milchkühe verteidigt. Die Nachprüfung des Stenogramms 1635/36 ergibt, dass sie in einer längeren Rede gegen die Revanchepolitiker hüben und drüben polemisiert und in diesem Zusammenhang sagte:

> „Aber wir betreiben eben eine solche Revanchepolitik nicht, besonders nicht an Kindern, die tatsächlich die Unschuldigsten und Wehrlosesten sind. Alle diese Kinder stehen uns gleich nahe, gleichviel, wessen Kinder sie sind. Aber den nationalistischen Standpunkt, dass französische Proletarierkinder, weil sie französische Kinder sind, etwa weniger der Milch bedürfen als unsere Kinder, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Verband der **Synagogengemeinden Ostpreussens** in seiner am 6. 2. in Allenstein stattgehabten Generalversammlung einstimmig folgende Entschliessung gefasst:

> Das mustergültig, friedliche Einvernehmen der Glaubensgemeinschaften unserer Provinz wird in einer gegen die Juden gerichteten Hetze aufs stärkste bedroht. Der Verband der Synagogengemeinden Ostpreussens, heute in Allenstein zu seiner Generalversammlung zusammengetreten, legt als berufene Vertretung der ostpreussischen Juden scharfe Verwahrung ein. Er brandmarkt Religionsstreit und Rassenkampf, die den Wiederaufbau des Vaterlandes aufs schwerste schädigen und appelliert an den Gerechtigkeitssinn aller Bürger.

Völkische Kunst. In den „Deutschvölkischen Blättern" Nr. 4 vom 27. 1. wird auf eine Gründung des Bühnenamtes der Fichte-Gesellschaft Hamburg aufmerksam gemacht, die auf geschickte Art und Weise auf die Theater Einfluss zu gewinnen versuche,da die bisherigen Hoffnungen auf Mäcene ebenso unerfüllt geblieben seien, wie die Bildung von „Kulturstosstrupps". Die Hamburger Gründung nennt sich „Verein deutsche Bühne". Sie will zu niedrigem Beitrag Mitglieder um sich sammeln und auf diese gestützt, eine Sonderauswahl aus den ohnehin vorgesehenen Stücken der Theater durchzusetzen versuchen. — Nach einer Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung" vom 10. 2. ist in Hamburg ein „Deutscher Kunstbund" gegründet worden, dem jeder deutsche Künstler oder Kunstfreund rein arischer Gesinnung oder Abstammung beitreten kann. Er steht grundsätzlich auf deutschvölkischem Boden und will die deutsche Kunst von allem Undeutschen reinigen und sievor gewinnsüchtigen Ausbeutern schützen.

Deutschvölkische Zeitungswoche. Die antisemitische Presse veröffentlichte Aufrufe für eine „Deutschvölkische Zeitungswoche" vom 8. bis 15. Februar. In dieser Zeit sollen alle Deutschgesinnten mit Zeitungsbestellungsformularen so lange überschüttet werden, bis sie die Quittung einer völkischen Zeitung vorweisen können. In der Liste der völkischen Blätter finden wir neben den Namen der Hetzpresse wie „Völkischer Beobachter", „Deutsches Wochenblatt" etc. auch den „parteilosen" „Reichswart" des Grafen Reventlow. Interessant ist, dass sich die „Staatsbürgerzeitung" in ihrer Nr. 7 vom 13. 2. darüber beklagt, ihr Name fehle auf dieser Liste. Daran sei wohl ihre demokratische Gesinnung schuld. Die übrige völkische Presse solle sich auf ihre nationale Gesinnung nicht so viel einbilden, da sie für die Fürsten einträte, die die wahre europäische Internationale bilden.

„Die Sünde wider das Blut.“ Ein Urteil des gewiss nicht judenfreundlichen „Bayrischen Kurier“. Die „Literarische Beilage“, Nr. 6 d. J. des „Bayrischen Kurier“ bringt folgende Kritik: „Blosser Verhetzungsabsicht dienen literarische Erzeugnisse wie der berüchtigte Roman von Dinter „Die Sünde wider das Blut.“ Die literarischen Mittel und die These, die vertreten wird, sind gleichermassen bedenklich. Möge unser Volk sich nur auf seine Eigenart und die innersten Gesetze seiner seelischen und körperlichen Existenz besinnen, mag es auch das bekämpfen, was man „jüdischen“ Geist nennt, wobei nichts Rassenmässiges, sondern etwas Sittliches gemeint ist. Aber niemals darf ein Deutscher sich zu dem Irrwahn verlieren, dass schon aus der Reinheit der Rasse allein das sittlich Gute und der geistige Wert komme. Das zu glauben wäre krassester Materialismus, ebenso undeutsch wie unchristlich. Eine folgerichtige Durchführung des greulichen Grundsatzes müsste die menschliche Sittlichkeit in ein rationell betriebenes Zuchtverfahren verkehren. Was in Broschüren und Zeitschriften zu diesem Kapitel vorgetragen wird, ist das gerade Gegenteil von dem, was deutsche und christliche Kultur fordert. Hier täte schärfere Kritik des lesenden Publikums sehr not. Im übrigen vergesse man nicht, das gerade in der antisemitischen Publizistik, die zur Zeit ein recht gangbarer Artikel ist, semitisches Kapital gern sich beteiligt, freilich das Kapital solcher Semiten, die religiös keine Juden mehr sind. Aus blossem rassenmässigen Antisemitismus erwächst keine Besserung — der Geist ist verdorben, nicht die Rasse. Wenn man auch alle Juden vertriebe oder totschlüge, so blieben noch genügend ehristliche und germanische „Juden“ übrig, die Krankheitskeime im Volkskörper sind.“

Schloss Borowitzky. In Nr. 25 der Mitteilungen brachten wir eine Notiz über die antisemitische Tendenz des Buches „Schloss Borowitzky“ von Olga Wohlbrück. Wie uns mitgeteilt wird, bedauert Frau Wohlbrück ausserordentlich, dass durch dieses Buch der Anschein erweckt würde, als ob sie antisemitischen Anschauungen huldigt. Dies sei umsomehr ausgeschlossen, als ihr erster Gatte Jude gewesen und ihre Tochter gleichfalls Jüdin sei. Das Buch sei vor 23 Jahren als Jugendarbeit entstanden, und damals zur Seite gelegt worden. Auf eine Anfrage eines Verlags nach Jugendwerken, die billig zu haben seien, habe sie mit anderen Manuskripten zusammen auch den Text dieses Romans abgegeben, ohne sich des Inhalts genau zu erinnern. Auf alle Fälle läge ihr jede Absicht zu antisemitischer Betätigung vollkommen fern.

Der bekannte Schriftsteller **Heinrich Lhotzki** hat sich neulich in Cassel in einem Vortrage stark judengegnerisch geäussert. Ein Mitglied unseres Ortsgruppenvorstandes Cassel hat an ihn geschrieben, ohne eine Antwort bis jetzt erhalten zu haben. Wir kommen gegebenenfalls auf die Sache zurück.

Nobel und Lilienthal. In Nr. 33 der „Deutschen Zeitung“ wird eine Besprechung des Kahnschen Buches „Die Juden als Rasse und Kulturvolk“, natürlich vom antisemitischen Standpunkt aus, veröffentlicht. Es sei darauf hingewiesen, dass die darin enthaltenen Angaben, dass Nobel und der verunglückte Flieger Lilienthal (die von Kahn irrtümlicherweise als Juden angeführt werden), reine Germanen sind, auf Tatsachen beruhen.

„Affenpintscher“. In der Privatschule der Frau Direktor von Gross, Berlin, Eisenacherstr. 84, wurden Mitte Februar die Kinder gefragt, wer von ihnen nicht getauft sei. Von drei Schülerinnen, die sich meldeten, fragte die Lehrerin, eine Frau von Waldheim, ein blondes Mädchen, weshalb sie nicht getauft sei. Als das Kind angab, dass es einer Mischehe entstamme, meinte die Lehrerin: „Da hat das deutsche Vaterland wieder eine deutsche Mutter und Tochter verloren. Es ist gerade so, als wenn auf der Strasse ein Bernhardiner mit einer Bulldogge anbandelt, und die Kinder, welche sie bekommen, sind dann Affenpintscher.“ — Der Vorfall wurde von Frau von Gross derart erledigt, dass die Lehrerin einen protokollierten Verweis erhielt. Dass Frau von Gross das Verhalten ihrer Angestellten missbilligt, unterliegt keinem Zweifel.

Vom jüdischen Weltmarkt. Wir hatten in unseren Mitteilungen Nr. 29 auf eine Rubrik der „Deutschen Zeitung“ aufmerksam gemacht, in der unter dem Schlagwort „Vom jüdischen Weltmarkt“ die Wirksamkeit des Judentums in der ganzen Welt registriert werden soll. Diese Listen sind in der „Deutschen Zeitung“ vom 8. und 10. Februar wiederum zu finden. Es wurden diesmal die Angaben über England und Frankreich erweitert und die Vereinigten Staaten und Japan eingehender behandelt.

58. Presseschau.

In der **„Deutschen Tageszeitung“** vom 9. 12. und 16. 12. erschienen unter der Ueberschrift „Wie dünkt Euch um Juda?“ eine Reihe von Besprechungen von Literatur, die zum Antisemitismus für und wider Stellung nimmt. Wir verzeichnen im folgenden die Bücher, die von uns bisher nicht behandelt wurden: Franz von Bodelschwingh, Ein Wort zur Judenfrage (Verlag Adolf Albrecht, Berlin-Schöneberg), Alfred Falb, Deutschbewusstsein (Deutscher Volksverlag, München), Die Schriftenreihe des Deutschen Volksverlags, München „Deutschlands führende Männer und das Judentum“ (Schopenhauer und die Juden, Richard Wagner und die Juden, Goethe und die Juden, das letzte von Max Maurenbrecher, Stefan Grossmann, Zur Judenfrage von Karl Marx (Ernst Rowohlt, Verlag, Berlin), Emil Kloth, Einkehr, und Sozialdemokratie und Judentum (beides im Deutschen Volksverlag, München), Karl Paumgarten, Judentum und Sozialdemokratie (Gratz, Heimat-Verlag, Leopold Stocker), Pastor J. Schaeffer, Luther und die Juden (C. Bertelsmann, Gütersloh). Adolf Wahrmund, Das Gesetz des Nomadentums (Deutscher Volksverlag, München).

Die **„Frankfurter Zeitung“**, der man als „Judenblatt“ Gegnerschaft zu allem christlich-religiösem andichtet, hat in ihren Nummern 936 und 946 vom 18. und 22. Dezember 1920 unter der Ueberschrift „Der Katholizismus und seine schöne Literatur“ zwei Aufsätze von Dr. Max Fischer gebracht, die die modern-katholischen Dichter und Stoffe in vornehmer und sehr anerkennender Weise behandeln.

In der **„Germania“** vom 18. 1. finden wir nachstehende Notiz: „Bei der Reichsgründungsfeier des Nationalverbandes Deutscher Offiziere in Berlin hat sich der Festredner, Prof. Roethe, neben anderen konfusen Ausführungen den Satz geleistet: „Bismarcks Werk hat den drei internationalen Mächten: dem Papsttum, der jüdischen Plutokratie und der Sozialdemokratie, nicht genügend widerstanden.“ Eine sachliche Auseinandersetzung mit solcher Auffassung lohnt nicht. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass es die Erbpächter des nationalen Gedankens sind, die bei solchen Anlässen grosse Teile des deutschen Volkes beschimpfen.

Die Breslauer **„Volkswacht“** vom 19. Januar macht auf den interessanten Gegensatz aufmerksam, der in den öffentlichen und privaten Anschauungen der Deutschnationalen öfters zu erkennen sei. So sei es beispielsweise vorgekommen, dass der Vorsitzende des deutschnationalen Kreisvereins Steinau, der auch sonst sehr energisch in reaktionären Bestrebungen tätig gewesen war, sein vor Jahren für 600 000 Mark gekauftes bei Kuntzendorf gelegenes Gut an einen „richtiggehenden Juden“ namens Abraham verkauft habe. Allerdings bekam er auch 2 800 000 Mark dafür.

In den **„Deutschvölkischen Blättern“** Nr. 4 vom 27. 1 befindet sich ein Artikel „Deutsche und jüdische Jugend“ von Ernst Eschmann, dessen Inhalt wir hier wiedergeben: Die antisemitische Aufklärungsarbeit habe den politischen Parteien bedeutende Wahlerfolge verschafft, in der Jugendbewegung sei dagegen noch wenig von Wirkungen zu verspüren. Man müsse im Auge behalten: Der jüdische Einfluss erstreckt sich besonders auf die höheren Schulen, da in den Volksschulen selten Juden zu finden seien. Der frühreife jüdische Schüler wirke auf die sittliche Entwicklung seiner deutschen Mitschüler übel ein. Die Veranlagung der Juden, geistreich zu schreiben, habe zur Folge gehabt, dass in manchen Klassen der Aufsatzstil ausgesprochen „jiddisch“ geworden sei. Mit ihrem Spotte über staatliche und kirchliche Einrichtungen, wie über die Familie selbst, vernichte der jüdische Schüler die Autorität dieser Institutionen bei den jungen Deutschen. Die Lehrerschaft lehne meist eine Einmischung in die Beziehungen der Schüler untereinander ab. Neuerdings mache der Schulhof in den Pausen den Eindruck einer Börse. Alles schiebt und handelt. Aehnlich wie an den Knaben- sei die Lage an den höheren Mädchenschulen, obwohl hier die völkische Bewegung sich schon stärker auspräge. Wandervogel- und nationale Jugendverbände seien erfreulich, aber nicht bedeutend genug. Es müsse eine verstärkte nationale Werbearbeit einsetzen und auf eine Trennung der jüdischen und deutschen Schüler in A- und B-Klassen hingearbeitet werden, wie dies nach Pressemeldungen an einer Schule im Westen Berlins bereits eingeführt sein soll.

In der **„Deutschen Zeitung“** vom 4. 2. wendet sich Alfred Kutscha in einem Aufsatze „Hochschule und Judenfrage“ gegen das gleichnamige Kapitel in Hänischs „Staat und Hochschule“. Der Minister verkenne das eigentliche Wesen der Strömung in der Studentenschaft, wenn er den Antisemitismus als aus wirtschaftlichen Gründen herrührend darstelle. Der wahre Grund sei die Erkenntnis der Gefahr, die dem deutschen Volke und der deutschen Kultur drohe, wenn das Judentum seine Herrschaft immer weiter ausdehne. Eine Förderung der deutschen Kultur durch das Judentum vermöge die deutschvölkische studierende Jugend nicht zu erkennen.. Sie sehe vielmehr nur zersetzende, schädigende, vergiftende Einflüsse. Die Stellungnahme der Studenten entspränge also rein idealen Motiven. Nicht ein Eingeständnis der Schwäche der völkischen Greisenhaftigkeit, wie Herr Hänisch meine, sei die Tendenz der Völkischen, sondern Frühlingszeichen.

In der **„Wählerin“**, Beilage zum „Vorwärts“ (Blätter zur Wahlbekämpfung in Preussen), Nr. 5 vom 6. 2., wirft Erna Büssing die Frage auf „Dürfen wir Antisemiten sein?“ In der Beantwortung zeigt die Verfasserin die völlige Haltlosigkeit der gegen die Juden erhobenen Beschuldigungen, die sich beim näheren Eindringen in die aufgeworfenen Probleme herausstelle und warnt ihre Genossinnen, sich von dem Antisemitismus für seine Zwecke einfangen zu lassen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ und Ernst Heilborn. In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 17. 2. werden die Jahrbücher des „literarischen Echos“, die Ernst Heilborn herausgibt, besprochen. Das Blatt rühmt dabei die gewissenhafte Arbeit, das gerechts ernste Urteil, das über dem blossen Literaturbetrieb stehe, die Gewissenhaftigkeit und Unbestechlichkeit des Herausgebers.— Heilborn ist jüdischer Abstammung.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.